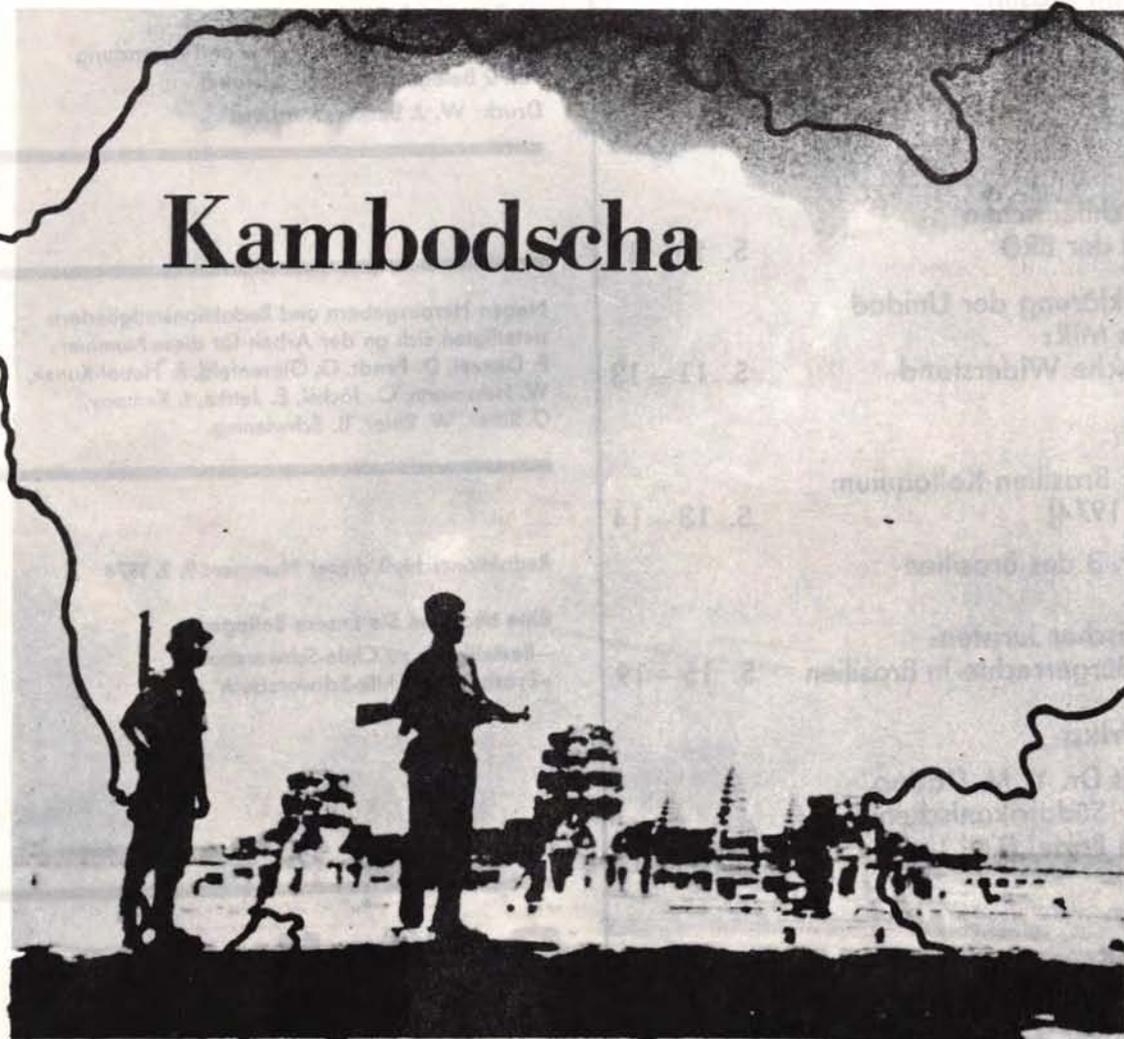




# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

## Kambodscha



Februar  
Nr. 2 1974

### **KAMBODSCHA**

Rede des Vertreters der GRUNK  
und FUNK, Th. Prasith

### **CHILE**

Gemeinsame Erklärung der  
UP-Parteien und des MIR

### **REPUBLIK SÜDAFRIKA**

Interview mit dem  
KP-Vorsitzenden, Y. M. Dadoo

### **BRASILIEN**

„Europäisches Kolloquium“ in Paris,  
Januar 1974

Bericht französischer Juristen:  
Menschen- und Bürgerrechte in  
Brasilien

### **NAHER OSTEN**

Die Situation nach dem  
ägyptisch-israelischen Abkommen

DM 1,50

## Inhaltsverzeichnis:

### AIB-Aktuell

Vietnam-„Weißbuch“ und Chile-„Schwarzbuch“ S. 3

### Kambodscha

Bericht über die Internationale Solidaritätskonferenz (Paris, 8./9. 12. 1973) S. 4–5

Rede von Thiounn Prasith: Der Kampf der Volksstreitkräfte und die politischen Ziele der FUNK S. 5–9

### Chile

Peter Dietzel:  
Delegation des chilenischen Widerstandes in der BRD S. 10–11

Gemeinsame Erklärung der Unidad Popular und des MIR:  
Der antifaschistische Widerstand S. 11–13

### Brasilien

Bericht über das Brasilien-Kolloquium (Paris, 12/13. 1. 1974) S. 13–14

DOKUMENT Nr. 3 des Brasilien-Kolloquiums  
Analyse französischer Juristen:  
Menschen- und Bürgerrechte in Brasilien S. 15–19

### Republik Südafrika

AIB-Interview mit Dr. Y. M. Dadoo, Vorsitzender der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (Teil 1) S. 20–24

### Südliches Afrika

Erklärung des ASK:  
Verstärkt die Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrika S. 25–26

### Naher Osten

Wolfram Brönner:  
Ägyptisch-israelisches Abkommen – Wegbereiter einer politischen Lösung in Nahost? S. 27–30

### Kurzinformation

Frelimo: Keine Zusammenarbeit mit der SPD  
Bolivien/Chile/VR China–Vietnam S. 31–32

## IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Brönner (presserechtlich verantwortlich), Wolfram Brönner, Jutta von Freyberg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.

Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M., Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer: P. Dietzel, D. Fendt, G. Giesenfeld, B. Hebel-Kunze, W. Herrmann, O. Jäckel, E. Jettka, I. Kempny, G. Ritter, W. Ritter, B. Schwiening.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 9. 2. 1974

Bitte beachten Sie unsere Beilagen:

–Bestellkarte zu Chile-Schwarzbuch  
–Prospekt zu Chile-Schwarzbuch

## Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,  
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.  
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.

## Vietnam-"Weissbuch" und Chile-"Schwarzbuch"

Der heldenhafte Kampf der Völker Vietnams und Chiles gegen US-imperialistische Mächte und innere Reaktion stand im Jahr 1973 im Mittelpunkt der internationalen Solidaritätsbewegungen. In der BRD trugen die "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" (IIVS) und das "Antiimperialistische Solidaritätskomitee" (ASK) in hohem Maße dazu bei, die materielle und politische Solidarität mit Vietnam und Chile auf breitester Ebene zu entfalten.

Mit der jetzigen Vorlage zweier Dokumentenbände - zum einen das vom DRV-Außenministerium verfaßte Weißbuch "1 Jahr Pariser Vietnam Abkommen", zum anderen das von Mitgliedern des ASK erstellte Schwarzbuch "Chile" - leisten die IIVS und das ASK einen weiteren wesentlichen Beitrag zur Stärkung der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung. Ausgestattet mit einer Vielzahl authentischer neuer Materialien und Quellen, Fotos und Tabellen vermitteln die beiden Dokumentenbände wertvolle Argumentationshilfen für die politische Arbeit. Allen Freunden des vietnamesischen und chilenischen Volkes sollte an einem aktiven Vertrieb dieser Publikationen gelegen sein.

### "Weißbuch - Ein Jahr Pariser Vietnam-Abkommen"

Herausgegeben vom Außenministerium der DRV, 32 S.; Verkaufspreis: 1,50 DM.  
Bestellungen an: "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität", 6 Frankfurt/M., Eichwaldstr. 32, Tel. 0611/452323.

Die IIVS legte Anfang Februar 1974 auf Bitten ihrer vietnamesischen Freunde das vom Außenministerium der DRV anlässlich des 1. Jahrestages der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens verfaßte "Weißbuch" vor.

Ausgehend von den vertraglich fixierten Verpflichtungen aller Beteiligten zur Verwirklichung des Pariser Abkommens vom 27.1.1973 wird in dem Dokument anhand verschiedener Beispiele der Nachweis erbracht, daß sich die USA und die Saigoner Machthaber von Anfang an einer korrekten Durchführung des Abkommens widersetzen.

Charakter und Umfang der Verstöße gegen das Pariser Abkommen werden mit Tabellen, Zahlen, Fotos und Berichten aus der internationalen Presse belegt. Besonders interessant dürften die exakten Angaben über das Netzwerk US-amerikanischer Spezialeinheiten und -organisationen und über ihr militärisches Engagement in der Zeit nach der Unterzeichnung des Abkommens in Südvietnam sein.

Nach einem sehr informativen Abschnitt über die Vergehen der USA und der Thieu-Clique gegenüber Kambodscha und Laos werden im letzten Teil des Bandes die Hauptforderungen der DRV und der PRR im Kampf um die Er-

füllung des Abkommens zusammengefaßt.

Das Dokument schließt mit dem Appell: "Das vietnamesische Volk und die Regierung der DRV rufen die Regierungen und Völker... der Welt auf, ihre Unterstützung und Hilfe für die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes zu verstärken."

### "Chile - Ein Schwarzbuch"

Hrsg.: Prof. H.W. Bartsch, M. Buschmann, Prof. G. Stuby, Prof. E. Wulff; Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Februar 1974; Umfang: 230 S., 250 Fotos; Verkaufspreis inkl. Porto- und Versandkosten: 12,80 DM.  
Bestellungen an: Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, 6 Frankfurt/M., Eichwaldstr. 32, Tel. 0611/452323.  
(Bei Abnahme von mehreren Exemplaren durch Komitees, Gruppen und Organisationen wird ein Rabatt von 30% eingeräumt)

Einer Anregung der Internationalen Chile-Solidaritätskonferenz in Helsinki (September 1973) folgend, legen Prof. H.W. Bartsch, M. Buschmann, Prof. G. Stuby, Prof. E. Wulff und der Pahl-Rugenstein Verlag am 20. Februar 1974 ein "Chile-Schwarzbuch" vor. Dieser Bild- und Dokumentarband, der mit einer Startauflage von 50.000 Exemplaren erscheint, stellt die bisher umfassendste Dokumentation über Vorgeschichte, Durchführung und Konsequenzen des Militärputsches vom 11. September 1973 dar.

Drei Jahre Regierungspolitik der Unidad Popular werden im ersten Teil des Buches konfrontiert mit der Obstruktionspolitik des internationalen Imperialismus und seiner Zusammenarbeit mit der chilenischen Reaktion. Von besonderem Interesse dürfte dabei das Beweismaterial über die Rolle deutschstämmiger Faschisten in Chile, über die gegen die Unidad Popular gerichteten dunklen Praktiken westdeutscher Institutionen (der Konrad-Adenauer-Stiftung z.B.) sowie über die Kapitalinteressen westdeutscher Monopole in Chile sein.

Der zweite Teil des Buches gibt einen Überblick über die Vorbereitung und Durchführung des Militärputsches. Eine Vielzahl internationaler Presseberichte und -kommentare, Augenzeugenberichte, Agenturmeldungen etc. vermitteln einen umfassenden Eindruck über die ersten 120 Tage der faschistischen Herrschaft in Chile, über deren Hintermänner und Bewunderer.

Der letzte Teil des Chile-Schwarzbuches gibt einen Einblick in die Breite und das politische Gewicht der weltweiten Solidaritätsbewegung: Stellungnahmen von UNO-Mitgliedstaaten, von Parteien aller politischen Richtungen, von Gewerkschaften, Jugendverbänden, kirchlichen Organisationen etc.

Die außergewöhnliche Stärke des Chile-Schwarzbuches liegt nicht zuletzt in dem sehr reichhaltigen Bildmaterial (250 zum Teil ganzseitige Fotos); das - viele Fotos sind bisher noch nicht veröffentlicht worden - jeweils dem Text als zusätzliches Beweismaterial zugeordnet ist. Es spricht für die Qualität dieses Buches, daß in ihm alle Träger des chilenischen Widerstandes zu Wort kommen und es eine große Zahl neuer Dokumente enthält.

Trotz der großzügigen Aufmachung und der vielen Fotos ist der Preis außerordentlich niedrig: 12,80 DM.

# Kambodscha

## Bericht über die Internationale Solidaritätskonferenz (Paris, 8./9.12.1973)

Am 8. und 9. Dezember 1973 fand in Paris eine der Solidarität mit dem kambodschanischen Volk gewidmete internationale Konferenz statt. Sie wurde organisiert von den 53 französischen Organisationen, die seit langem gemeinsam für den Frieden und die Unabhängigkeit Indochinas kämpfen; die Einladung erfolgte durch die Stockholmer Vietnam-Konferenz.

300 Delegierte von über 50 nationalen und internationalen Organisationen aus aller Welt, die sich die materielle und politische Hilfe für die Völker Indochinas zur Aufgabe gestellt haben, kamen zusammen, um zwei Tage lang über Maßnahmen zur Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes zu beraten und gemeinsame international abgestimmte Aktionen zu beschließen. Es wurde eine politische Erklärung und ein Aktionsplan (siehe AIB Nr. 1/74) erarbeitet, welche beide einstimmig angenommen wurden.



S.Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha und M.Khieu Samphan, Verteidigungsminister der GRUNK und Oberkommandierender der Volksbefreiungstreitkräfte (FAPLNK)

Diese Konferenz war von entscheidender Bedeutung für eine neue Phase der internationalen Solidarität mit den Völkern Indochinas. Nach dem Abschluß der Verträge von Paris und Vientiane für Vietnam und Laos, und nach der erzwungenen Beendigung der barbarischen Bombenangriffe der USA auf Kambodscha sind für die internationale Solidaritätsbewegung neue Aufgaben entstanden. Es gilt, in Bezug auf alle drei indochinesischen Länder, den Versu-

chen der imperialistischen Propaganda entgegenzutreten, die die Indochina-Aggression als beendet erklärt und die fortdauernden kriegsmäßigen Aktivitäten als bürgerkriegähnliche Unruhen zu verharmlosen sucht. Dies um so mehr, als selbst in die großen bürgerlichen Zeitungen Meldungen über Aussagen und Drohungen Thieus durchgedrungen sind, die den Parolen Diems nach dem Genfer Abkommen insofern gleichen, als sie den offenen Bruch des Pariser Abkommens durch das Thieu-Regime dokumentieren.

Kambodscha war unter den drei indochinesischen Ländern bisher - von einigen Ausnahmen abgesehen, wie z.B. anlässlich der mißglückten Invasion der Amerikaner und Thieu-Truppen 1970 - im Bewußtsein der Öffentlichkeit nur ein "Nebenschauplatz" der US-amerikanischen Aggression in Indochina gewesen. Dem leistete auch die imperialistische Propaganda Vorschub, indem sie immer wieder verbreitete, in Kambodscha würden hauptsächlich Truppen der DRV und der FNL kämpfen. Weiterhin wurden in verschiedensten Zeitungsberichten angebliche Unstimmigkeiten oder gar Machtkämpfe innerhalb der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (FUNK) und der Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) kolportiert, um im Bewußtsein der westlichen Öffentlichkeit das Bild einer politisch diffusen, uneinheitlichen Organisation des Widerstandes entstehen zu lassen, wozu auch der ausschließlich verwandte Begriff der "roten Khmer" dienen sollte.

Die Internationale Solidaritätskonferenz für Kambodscha setzte solchen Spekulationen ein Ende. Ihre aufklärende Wirkung muß von den Solidaritätsorganisationen weitergeführt und verbreitet werden, damit sie eine Grundlage bilden kann für die politische und materielle Unterstützung, die das kambodschanische Volk ebensosehr braucht wie das vietnamesische.

Diese Konferenz war ein neuer eindrucksvoller Beweis für den festen Willen der drei indochinesischen Völker zur Zusammenarbeit und Koordination sowohl des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind, als auch des Aufbaus in den befreiten Gebieten. Dies bezeugten nicht nur Grußtelegramme von Premierminister Pham van Dong im Namen der DRV und des Prinzen Souphanouvong im Namen des Zentralkomitees des Pathet Lao, sondern auch die persönliche An-

wesenheit und die Ansprachen hochgestellter Vertreter der Organisationen der beiden indochinesischen Brudervölker. Diese Solidarität bei gegenseitigem Respekt - wie es In Sokan in seinem Interview (siehe AIB Nr. 1/74) ausdrückt - hat eine lange Tradition und mit dieser Konferenz ein neues Zeichen der Festigkeit erfahren.

Für die Solidaritätsbewegung mit den indochinesischen Völkern hat diese Konferenz eine entscheidende Orientierung gegeben: Die offensichtliche Fortsetzung der US-Aggression in Kambodscha ist ebenso wie die Drohung des US-amerikanischen Verteidigungsministers Schlesinger, die USA würden sich nicht scheuen, direkt in Südvietnam einzugreifen und die DRV zu bombardieren, ein deutlicher Beweis, daß die USA trotz Verträgen ihre imperialistischen Ziele in Indochina nicht aufgegeben hat. Mit unbegrenzten materiellen Mitteln, mit denen sie ihre Marionetten in Phnom Penh und Saigon stützt, setzt sie ihre militärische Aggression de facto fort, um die Verwirklichung des Pariser Abkommens zu verhindern, das allen Völkern Indochinas Frieden, Souveränität und

territoriale Integrität zusichert.

Das kambodschanische Volk, das vor dem Bombardierungsstopp vom 15. August 1973 schon die barbarischsten Luftangriffe erfahren mußte, hat dennoch in seinem Widerstandskampf an Boden gewonnen und kontrolliert nun das ganze Land mit Ausnahme von Phnom Penh und einiger Stützpunkte.

Unter Wahrung seiner eigenen Interessen als Nation und in voller politischer Unabhängigkeit, kämpft es eng verbunden mit seinen indochinesischen Brudervölkern gegen den gemeinsamen Feind: den US-Imperialismus.

Erst wenn der US-Imperialismus aus ganz Indochina vertrieben ist, wird in Kambodscha der Frieden sicher sein. Unsere verstärkte Solidarität mit dem kambodschanischen Volk ist Teil der weltweiten Solidarität mit den Völkern Indochinas.

Wir bringen im folgenden Auszüge aus der Rede, die der Leiter der kambodschanischen Delegation, Thiounn Prasith, auf der Konferenz gehalten hat.

## Rede von Thiounn Prasith

# Der Kampf der Volksstreitkräfte und die politischen Ziele der FUNK

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freunde,

(...) Diese Internationale Solidaritätskonferenz, zu der Sie Ihren unschätzbaren Beitrag geleistet haben, findet unter dem Zeichen andauernder und glänzender Siege statt, die das kambodschanische Volk, seine Volksstreitkräfte, seine Nationale Einheitsfront (FUNK) und seine Königliche Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) in unübertrefflicher Weise auf allen Ebenen, militärisch, politisch und diplomatisch errungen haben. Sie findet zu einem sehr günstigen Zeitpunkt statt, wo wir noch wirksamere Offensiven in der gegenwärtigen Trockenzeit führen, in einem Augenblick, wo der Widerstandskrieg des kambodschanischen Volkes gegen den Aggressionskrieg der US-Imperialisten und gegen die Verräter in seine entscheidende und nicht mehr rückgängigzumachende Phase tritt, die unausweichlich zum endgültigen Sieg führen wird.

### Fortsetzung der US-Aggression

Im Januar des letzten Jahres, nach den Waffenstillstandsabkommen in Vietnam und Laos,



Nürnberger Nachrichten" zum US-Bombenterror in Kambodscha.

haben die Nixon-Administration und die Verräter von Phnom Penh verkündet, daß der Widerstandskrieg des kambodschanischen Volkes in den nächsten Monaten aus "Mangel an Kämpfern" aufhören würde. Um diese Voraussage, koste es, was es wolle, zu erfüllen, hat die Nixon-Administration mehr als 6 Monate lang in Kambodscha die intensivsten und wahnsinnigsten Luftbombardements der Geschichte entfesselt. Der heldenhafte Widerstand des kambodschanischen Volkes und die feste und entschlossene Unterstützung aller Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts in der Welt

zweifelt weiterhin ihre verheerende Doktrin der "Khmerisierung des US-Aggressionskrieges in Kambodscha" in die Tat umzusetzen, indem sie "die kambodschanischen Verräter gegen das kambodschanische Volk kämpfen läßt". Einerseits läßt sie alle Männer und selbst Kinder von 10 bis 11 Jahren einziehen, um die Verluste der durch die Volksstreitkräfte dezimierten Marionettenarmee auszugleichen. Andererseits stellt sie den Verrätern von Phnom Penh eine Militärhilfe von mehreren Hundert Millionen Dollar zur Verfügung, einschließlich modernster Waffen und modernsten Kriegsmate-



Eine Einheit der Volksbefreiungsstreitkräfte (FAPLNC) bei der Abwehr feindlicher Kampfflugzeuge

haben die Nixon-Administration gezwungen, die Einstellung der völkermörderischen Bombardements vom 15. August 1973 an zu verkünden.

Aber diese Erklärung ist noch nicht die tatsächliche endgültige Einstellung der US-Bombardements und noch weniger das Ende der US-Aggression in Kambodscha. Sie bedeutet in Wirklichkeit nur eine neue Etappe dieser US-Aggression, die noch immer intensiv fortgesetzt wird. Denn:

- erstens setzt die Nixon-Administration seit Ende Juli alles in Bewegung, um stur und ver-

rials, darunter Flugzeuge, Panzer und 155mm-Geschütze.

- zweitens werden die Aufklärungsflüge und die Einschüchterungs- und Beschießungsaktionen mit modernsten US-Flugzeugen wie F 71, F 4, F 105, geflogen von Amerikanern, Saigoner und thailändischen Piloten, fortgesetzt. Die Bombardierung der Stadt Kompong Cham am 16. September ist ein Beweis dafür.

- drittens werden die Marionetten von Hunderten von amerikanischen "Militärberatern" geführt und umgeben. Auf Befehl der Nixon-Admi-

nistration greifen auch weiterhin tausende von thailändischen und Saigoner Marionettensoldaten, die als "Freiwillige" getarnt werden, in Kambodscha auf der Seite der Marionettentruppen der Phnom Penh-Clique ein.

- viertens setzen die Nixon-Administration und die Verräter von Phnom Penh halsstarrig ihre heimtückischen Manöver fort, um die Einheit innerhalb der FUNK zu untergraben und die Solidarität zwischen dem kambodschanischen Volk und allen den Frieden, die Demokratie und den Fortschritt liebenden Völkern, besonders aber, um die Solidarität zwischen dem kambodschanischen, dem vietnamesischen, laotischen, chinesischen und koreanischen Volk zu zerstören. Sie setzen ihre wütende Propaganda fort, um die Tatsachen zu verfälschen. Sie verkünden, daß die Einstellung der US-Bombardements das "Ende des Engagements" der Vereinigten Staaten von Amerika in Kambodscha bedeute und eine "Geste des guten Willens" sei, die die Eröffnung von "Verhandlungen" zwischen den "kambodschanischen Parteien" ermöglichen solle, und versuchen damit, die Weiterführung der imperialistischen US-Aggression als einen sogenannten "Bürgerkrieg" hinzustellen, ja sogar diese offensichtliche amerikanische Aggression in eine, wie sie sagen, "nordvietnamesische und Vietkong-Aggression" umzudeuten. Weiterhin versucht dieselbe Propaganda, die "Sinnlosigkeit" eines Kampfes herauszustellen, der "überflüssig" sei und nur die "unbeschreiblichen Leiden" des unschuldigen Volkes verlängere. Dabei zögert sie nicht, bestimmte siegreiche Aktionen des Volkskriegs in "Niederlagen" der Volksstreitkräfte zu verwandeln. Diese ganze niederträchtige Propaganda hat tatsächlich kein anderes Ziel als das, die internationale Öffentlichkeit zu verwirren, sie am endgültigen und unausbleiblichen Sieg von FUNK und GRUNK zweifeln zu lassen. Ihr uneingeständenes Ziel ist es, die imperialistische US-Aggression, die in Kambodscha immer noch weitergeht, in Vergessenheit zu bringen und das Interesse der öffentlichen Meinung am Problem Kambodscha, das doch von entscheidender Wichtigkeit bleibt, abzulenken. Ihr endgültiges Ziel ist es, FUNK und GRUNK dazu zu bringen, sich an den "Verhandlungstisch" zu setzen und einen "Kompromiß" mit dem faschistischen Regime der Verräter von Phnom Penh zu schließen, was die einzige Möglichkeit für die Nixon-Administration ist, den Neokolonialismus der USA in Kambodscha aufrechtzuerhalten. (...)

#### Militärische Lage in Kambodscha

Auf militärischer Ebene hat der Feind sehr schwere Verluste an Material und Menschen er-

litten. Die militärische Landkarte hat sich grundlegend verändert. Unter den täglichen Bombenteppichen während der Phase der "Amerikanisierung des Luftkrieges" haben die "Volksstreitkräfte für die nationale Befreiung" 2.000 feindliche Stellungen vernichtet. Nach dem 15. August haben sie ihre Angriffe fortgesetzt und mehr als 200 feindliche Stellungen zerstört, vor allem in Kompong Cham im September und in Tram Khnar, Srang und Vihéar Suor im November 1973. Die Verteidigungslinie um die Hauptstadt Phnom Penh ist zusammengebrochen und wurde von 20 km auf 10 oder gar 5 km Entfernung vor der Stadt zurückgezogen. Die wenigen Provinzhauptstädte, die noch unter vorläufiger Kontrolle des Feindes stehen, sind völlig eingekreist, höchstens je 3 bis 4 km<sup>2</sup> groß und voneinander isoliert wie kleine Inseln inmitten des Ozeans. Alle Verbindungslinien zu Lande und auf den Flüssen sind unterbrochen. Überall schließt sich der Ring unserer Volksstreitkräfte enger zusammen, vor allem um Phnom Penh, wo unsere Partisanen bereits Aktionen durchführen. (...)

### AIB-SONDERMATERIALIEN ZU KAMBODSCHA

#### Inhalt :

- Politisches Programm der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (FUNK) vom 3.-4. 5. 1970
- Botschaft und feierliche Erklärung von Samdech Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha (23. 3. 1970)
- Internationale Kambodscha Konferenz (Paris, 8.-9. 12. 1973)
  - Interview mit In Sokan
  - Erklärung der Konferenz

Umfang : 12 Seiten ; Preis : 0,50 DM

Aber die schwerste Niederlage, die das Pentagon beunruhigt, besteht in der Tatsache, daß den Verrätern von Phnom Penh die Quellen der Rekrutierung von Soldaten versiegen. Ihre Einheiten schmelzen zusammen wie der Schnee in der Sonne. Einerseits haben sie schwere Verluste erlitten: in 11 Monaten mehr als 150.000 Tote, Verwundete und Gefangene, davon 130.000 während der "Amerikanisierung des Luftkrieges", 7.500 in Kompong Cham und 3.000 in Tram Khnar und Srang. Zur Zeit haben sie weiterhin durchschnittliche Verluste von 10.000 Toten, Verletzten und Gefangenen pro Monat. Auf der anderen Seite wächst die Zahl der Deserteure und wird zeitweise riesig, denn die Marionettensoldaten sind geradezu von einer Psychose der Niederlage befallen, sind völlig demoralisiert im Bewußtsein, eine schlechte Sache, die den Interessen der Na-

tion widerspricht, zu vertreten. (...)

Alle diese schweren Verluste erschüttern das faschistische Regime der Verräter bis in seine Grundfesten. In Phnom Penh, ihrem letzten Schlupfwinkel, herrscht das "Gesetz des Dschungels", Gangstertum, Fäulnis und Verfall der Sitten. Die führenden Verräter und ihre Handlanger beten Tag und Nacht den "Gott Dollar" an und bekämpfen sich gegenseitig. Jeder fürchtet, von den anderen "ausgeschaltet" zu werden und hat kein anderes Ziel, als sich auf Kosten der Bevölkerung und sogar der eigenen Anhänger zu bereichern, um die Flucht ins Ausland vorzubereiten. (...)

So liegt also die eigentliche Bedeutung der glänzenden Siege der "Volksstreitkräfte für die nationale Befreiung" und der "Nationalen Einheitsfront Kambodschas" zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in den spektakulären Eroberungen dieser oder jener Provinzhauptstadt wie Kompong Cham. Sie liegt eher in der Vernichtung mehrerer Tausend Befestigungen und großer Mengen von Kriegsmaterial des Feindes und vor allem von Truppen des Feindes und der Verminderung der Bevölkerung in den Enklaven, die unter seiner vorläufigen Kontrolle stehen.

#### **Voraussetzungen für den Sieg**

In einem Volkskrieg ist der entscheidende Faktor die Bevölkerung, aus der sich die Streitkräfte rekrutieren. Diese Quelle versiegt beim Feind, der übrigens auch nicht genug Reis hat und mit unlöslichen Schwierigkeiten kämpft und dabei verbittert und verzweifelt über ein kambodschanisches Sprichwort nachgrübelt: "Für Reis braucht man Wasser und für den Krieg braucht man Reis." Ohne Menschen - keine Soldaten; ohne Land - kein Reis. Die "Khmerisierung des US-Aggressionskrieges" in Kambodscha ist schon in ihren Grundlagen gescheitert. Jeder ist der Meinung, daß das faschistische Phnom Penh-Regime gegenwärtig seine letzten Tage erlebt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Freunde!

Diesem todgeweihten Regime gegenüber festigt sich die Volksmacht, vertreten durch FUNK und GRUNK, ständig; sie erweitert ihren Einfluß auf mehr als 90% des nationalen Territoriums, wo fast 6 Millionen Kambodschaner wohnen, das heißt, mehr als 80% der gesamten Bevölkerung.

Ungeachtet der verschiedensten Prüfungen hat die Einheit in der FUNK auf der Grundlage ihres politischen Programms nicht nur allen Spaltungsmanövern des Feindes und seiner Komplizen widerstanden, sondern sich gefestigt

und erweitert. Niemals in der Geschichte hat eine nationale Front, geeint im gemeinsamen antiimperialistischen Kampf, patriotische Kräfte von solcher Breite und Bedeutung versammelt, vom rechtmäßigen, vom großen Patriotismus bewegten Staatschef bis zum ärmsten Bauern und Arbeiter, über die patriotischen Mitglieder der königlichen Familie, patriotische Persönlichkeiten, die nationale Bourgeoisie, das Kleinbürgertum, die Intellektuellen und die buddhistischen Mönche. In dreieinhalb Jahren ist die "Nationale Einheitsfront Kambodschas" gewachsen wie ein schöner, starker, belaubter und schattenspendender Baum mit starken, fest im Boden der Volksmassen verankerten und genährten Wurzeln. Gegen Wind und Fluten wird dieser Baum mit immer mehr Kraft wachsen. (...)

Unter der uneingeschränkten Kontrolle der "Königlichen Regierung der nationalen Einheit" wird zur Zeit in den befreiten Gebieten ein neues Leben aufgebaut, entwickelt und gefestigt, das von den Flecken der Vergangenheit gereinigt ist; ein freudiges, begeisterndes Leben, gezeichnet von Brüderlichkeit, gegenseitiger Hilfe, Glück und moralischer Reinheit. Die Fesseln der überkommenen sozialen Struktur sind für immer gesprengt. Dank einer intensiven politischen Erziehungsarbeit bei allen patriotischen sozialen Schichten und einer stetigen Entwicklung der Massenorganisationen ist die landwirtschaftliche, handwerkliche und Manufakturproduktion gestiegen; sie diente der Unterstützung des langandauernden Widerstandskrieges ebenso wie sie gleichzeitig für die Anhebung des Niveaus des materiellen und kulturellen Lebens der Bevölkerung sorgte. (...)

#### **Die politischen Ziele der FUNK**

Der einzige Weg zum Wohl der Nation und zu einem dauerhaften Frieden wurde von der FUNK entwickelt und in der 5-Punkte-Erklärung niedergelegt, die unser Staatschef und Vorsitzender der FUNK, Samdech Norodom Sihanouk am 20. März 1970 abgegeben hat.

Die Aufgabe der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) ist:

- a) alle Aktionen der Aggression und Intervention der USA und ihrer Verbündeten bedingungslos und endgültig zu unterbinden; den Rückzug ihrer Berater, Truppen und Militärpersonen und des getarnten Militärs und die Aufgabe jeglicher Hilfe für die Verräter von Phnom Penh zu erzwingen,
- b) alle Verräter von Phnom Penh auszuschalten und ihr faschistisches Regime, dessen Führer zur Zeit Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh,

In Tam, Chéng Héng und Sosthène Fernandez sind,

c) die Führung über das ganze Land der FUNK zu übertragen, deren Vorsitzender Staatschef Samdech Norodom Sihanouk ist, und der GRUNK mit Samdech Penn Nouth als Premierminister und Kieu Samphan als Vizepremierminister, um ein wirklich unabhängiges, souveränes, friedliches, neutrales, demokratisches und blühendes Kambodscha in territorialer Integrität aufzubauen.

Diese Aufgabe ist präzisiert im politischen Programm der FUNK und ist kürzlich wieder neu bestätigt worden auf dem Nationalkongreß, der vom 19. bis 21. Juli 1973 in den befreiten Gebieten abgehalten worden ist. Es gibt in Kambodscha nur eine legale und legitime Regierung: die "Königliche Regierung der Nationalen Einheit", deren Innen- und Außenpolitik die folgende ist:

Im Innern des Landes: den nationalen Befreiungskampf führen zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit und des Friedens, den Lebensstandard der Bevölkerung heben, um sie ausreichend mit Nahrung, Wohnung, Kleidung, Schulen und Krankenhäusern zu versorgen und um ihr zu ermöglichen, die Rechte auf Freiheit und Demokratie sowohl auf politischer, ökonomischer und kultureller als auch auf materieller und moralischer Ebene wirklich zu genießen. Und dies in der großen nationalen Einheit ohne Unterscheidung der politischen Ansicht und ohne jede Diskriminierung der verschiedenen Religionen und Überzeugungen, ausgenommen einer kleinen Handvoll Verräter: Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, In Tam, Chéng Héng und Sosthène Fernandez.

Außerhalb des Landes: Fest die Politik wahrhaften Friedens und wahrhafter Neutralität verfolgen, auf keinen Fall die Errichtung irgendeines fremden Stützpunktes in Kambodscha dulden, kein nahes oder fernes Land angreifen, aber auch keine Aggression irgendeines nahen oder fernen Landes zulassen, mit allen Ländern Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufnehmen, von allen Ländern technische und ökonomische Hilfe annehmen, sofern sie ohne Bedingungen geleistet wird. (...)

#### **Internationale Solidarität im Kampf gegen den US-Imperialismus**

Unser Volk ist sich der schweren Verantwortung bewußt, die es zur Zeit zu tragen hat. Es ist sich seiner edlen Aufgabe bewußt, nicht nur bei seinem Kampf für das Wohl der Nation, für den Aufbau einer glänzenden Zukunft des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts

für alle zukünftigen Generationen, sondern auch seiner historischen Rolle im gemeinsamen Kampf aller Völker der Welt gegen jede kolonialistische, neokolonialistische oder imperialistische Unterdrückung.

Sein Kampf hat exemplarische Bedeutung, denn die Zeit, in der der Imperialismus sein Gesetz überall, vor allem bei den kleinen Nationen und Völkern walten lassen konnte, ist für immer vorbei. (...)

Aus allen diesen Gründen kann der Kampf des kambodschanischen Volkes all denen nicht gleichgültig sein, die den Frieden, die Demokratie und den Fortschritt lieben. (...)

Wir rufen Sie auf, Ihre moralische, politische und materielle Hilfe und Unterstützung zu intensivieren und zu vervielfachen durch die Organisation von Konferenzen, Solidari-



In den befreiten Gebieten: Schülerinnen führen kambodschanische Volkstänze auf.

tätswochen, Versammlungen, Unterschriftenaktionen, durch die Veröffentlichung von Broschüren und Plakaten und durch alle anderen Formen der Solidarität, um die internationale und die Öffentlichkeit Ihres jeweiligen Landes zu einer wachsenden Solidarität mit dem gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes zu mobilisieren. (...)

(Deutsche Übersetzung nach: Hektographiertes Material der "Internationalen Solidaritätskonferenz mit dem kambodschanischen Volk", Paris, 8./9.12.1973)

# Chile

Peter Dietzel

## Delegation des chilenischen Widerstandes in der BRD

Auf Einladung des "Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika" (ASK) und der Jungsozialisten in der SPD bereiste vom 24.-28. Januar eine offizielle Delegation des chilenischen Widerstandes die Bundesrepublik. Der Delegation gehörten die Repräsentanten der Unidad Popular Beatriz Allende - Sozialistische Partei, Volodia Teitelboim - Kommunistische Partei, Luis Badilla - Christliche Linke, Carlos Parra und Alejandro Montesinos - Radikale Partei an.



Volodia Teitelboim, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chiles, und Beatriz Allende, Sozialistische Partei Chiles, zu Gast beim Antiimperialistischen Solidaritätskomitee.  
Bild Mitte: Peter Dietzel, Sekretariatsmitglied des ASK

Neben einer Grußansprache der chilenischen Delegation auf dem Kongreß der Jungsozialisten und zahlreichen Gesprächen mit Repräsentanten der Solidaritätsbewegung sowie mit Bundestagsabgeordneten und Regierungsvertretern der SPD kam es zu einer herzlichen Begegnung mit dem Parteivorstand der DKP. Kurt Bachmann und Max Reimann berichteten den chilenischen Freunden über ihre Erfahrungen im Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Beide Seiten hoben in ihrem Gespräch die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und allen fortschrittlichen Kräften besonders hervor.

Zu einem Höhepunkt wurde ein vom ASK veranstaltetes Solidaritätsmeeting am 27.1.1974 in der Universität Köln. Beatriz Allende und Volodia Teitelboim prangerten vor 1.500 Teilnehmern die "faschistische Bestialität" der Junta an und bekundeten ihre feste Zuversicht, daß sich der Widerstand in Chile erfolgreich

organisieren und den Faschismus schlagen werde. Redner der Naturfreundejugend, der SDAJ, der Falken und des MSB Spartakus riefen zu verstärkter politischer und materieller Solidarität mit dem chilenischen Volk auf. Der Sprecher des ASK, Prof. E.Wulff, gab bekannt, daß auf das Konto des ASK inzwischen über 400.000 DM an Solidaritätsspenden eingezahlt wurden.

Zu einem bewegenden Ereignis der Kölner Kundgebung wurde schließlich das Eintreffen einer Gruppe chilenischer Flüchtlinge, die in der BRD Asyl fanden.

Auf einem Empfang des ASK, an dem über 200 Vertreter örtlicher Chile-Komitees und nationaler Jugendorganisationen teilnahmen, übergab die Delegation dem ASK einen Aktionsplan für die Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Widerstand. Das ASK erklärte, diesen Aktionsplan, der Ergebnis gemeinsamer Beratungen aller Parteien der Unidad Popular sowie der "Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) ist, zur Grundlage seiner Arbeit in diesem Jahr zu machen.

Großen Wert legten die Mitglieder der Delegation auf die Feststellung, daß - entgegen allen Gerüchten - die Solidaritätsspenden, die auf den Konten der Regionalkomitees des Widerstandes eingehen, in voller Höhe nach Chile transferiert werden, wo sie nach einem gemeinsam festgelegten Schlüssel allen Parteien und Organisationen des Widerstandes zugutekommen.

Regionalkomitees der gemeinsamen antifaschistischen Widerstandsfront bestehen in Rom (zuständig für Europa, Afrika und Asien) sowie in Havanna/Kuba (zuständig für Nord- und Lateinamerika). Einer entsprechenden Übereinkunft zufolge arbeiten in den Regionalkomitees Vertreter aller am Widerstand beteiligten Kräfte mit.

### AUS DEM SCHLUSSKOMMUNIQUE DER CHILENISCHEN DELEGATION:

"In Repräsentanz der politischen Organisationen der chilenischen Linken, die Teil des antifaschistischen Widerstandes sind, haben wir die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit vom 24. - 28. Januar 1974 besucht. Wir wollten offiziell Kontakt aufnehmen mit den deutschen Organisationen,

durch die sich die großzügige Solidarität der Bevölkerung dieses Landes ausdrückt. Wir wollten uns bedanken für die materielle Hilfe, die diese Organisationen geleistet haben und weiter leisten werden. Unser Besuch galt der Diskussion wichtiger Themen, die im Zusammenhang stehen mit der Zukunft Chiles, das heute von den Truppen der faschistischen Junta besetzt gehalten wird. Er galt der Herstellung künftiger und permanenter Kontakte zwischen der Solidarität des Volkes der BRD und den Organisationen des Widerstandes. Schließlich wollten wir uns informieren über die Si-

tuation unserer Landsleute, die als Asylsuchende in dieses Land gekommen sind, und Hilfe leisten bei der Lösung der damit verbundenen Probleme. (...)

Unsere Verpflichtung wird es sein: ohne Rast zu kämpfen, um die Militärjunta zu Fall zu bringen, die demokratischen Rechte wieder in Kraft zu setzen, die sich die Arbeiterklasse und das gesamte chilenische Volk erkämpft haben, die Türen weit aufzustoßen für den Aufbau eines sozialistischen Chile, einer endgültig freien und unabhängigen Nation."

## Gemeinsame Erklärung der Parteien der Unidad Popular und des MIR

# Der antifaschistische Widerstand

Als Repräsentanten der verschiedenen organisierten Kräfte des chilenischen Volkes sind wir mit dem Ziel im Ausland zusammengekommen, um Maßnahmen zur Unterstützung des chilenischen Befreiungskampfes zu treffen. Wir wiederholen unsere wachsende Beunruhigung angesichts der Nachrichten, die uns aus unserem Land erreichen; sie signalisieren eine weitere Verschärfung der blutigen, faschistischen Unterdrückung.

Diese Nachrichten sprechen von fortgesetzten Erschießungen, die - unter dem Deckmantel des inneren Kriegszustandes - die verschiedensten Bereiche betreffen. Die brutale Razzia dehnt sich selbst auf Militärs, Personen und Gruppen aus, die noch vor kurzem Teil der Opposition gegen die Volksregierung von Salvador Allende waren.

Seitdem ist es an der Tagesordnung, die politischen Gefangenen von einem Gefängnis ins andere zu transportieren, um sie unterwegs "auf der Flucht" zu erschießen.

Neben den Konzentrationslagern auf den Inseln Dawson, Santa Maria und Quiriquina, den Stadien in Chacabuco, Pisagua usw., wurden Schiffe der Kriegsmarine in schwimmende Kerker verwandelt.

Ein anderes Charakteristikum der gegenwärtigen Situation in Chile ist das Verbot und der Frontalangriff gegen jede fortschrittliche Idee. Mit Blut und Feuer soll alles beseitigt werden, was das chilenische Volk und seine Geistesschaffenden in ihrer hundertjährigen Geschichte geschaffen haben. Noch immer werden Bücher verbrannt. Die kriminelle Feindschaft gegen alles Fremde wurde weiter verschärft.

Luis Corvalan, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Anselmo Sule, Präsident

der Radikalen Partei, Pedro Felipe Ramirez von der Christlichen Linken wie auch andere Persönlichkeiten wurden in das Konzentrationslager auf der unwirtlichen Insel Dawson, die in der Meerenge von Magallan liegt, verschleppt; sie werden dort mit über 40 weiteren hohen Persönlichkeiten der legitimen Regierung des ermordeten Präsidenten Allende festgehalten. Unter ihnen befinden sich zwei Vizepräsidenten der Republik, José Toha und Clodomiro Almeyda. Letzterer, ehemaliger Außen- und Verteidigungsminister und Universi-



tätsprofessor, wurde nach einem Scheinprozeß zu 368 Jahren Gefängnis oder zum Tode verurteilt.

Die Junta bedroht jeden Gefangenen ständig mit dem Tode. Den Hinrichtungen der sozialistischen Führer Arnaldo Camu, Eduardo Paredes, Arsenio Poupin, Héctor Martínez, Luis Norambuena, Ricardo Pincheira folgten zahllose Ermordungen in allen Teilen des Landes.

Den Morden an dem hervorragenden Universitätslehrer und Kommunisten, Dr. Enrique París, an den Arbeiterführern Isidore Carrillo und David Miranda, an Victor Jarra, dem Folkloresänger, sind noch zahlreiche Morde hinzuzufügen, wie jene an dem Journalisten und Rechtsanwalt Carlos Berger, an Alberto Molina, an dem Ingenieur Eugenio Ruiz-Tagle von der MAPU/OC.

Die Liste der ermordeten Patrioten ist außerordentlich lang. Sie gehörten verschiedenen Parteien an; sie waren Anhänger verschiedener politischer Ideen; aber ihr Leben und ihr Beispiel sind Teil des unauslöschlichen moralischen Erbes des ganzen Volkes.

Auch Persönlichkeiten und Anhänger von Parteien und Gruppen christlicher Orientierung sind heute Opfer eines Terrors, der mit einer nie dagewesenen Brutalität Marxisten, Rationalisten, Gläubige, Personen der verschiedensten ideologischen Richtungen trifft, die das Regime der Junta, das Regime des Terrors und des Massenmordes verurteilen.

In Chile sind heute weder schwerkranke Frauen noch die Botschafter, die auf der Wahrung des Asylrechtes bestehen, sicher.

Internationale Verträge werden nicht respektiert. Das Eigentum der Asylierten wird beschlagnahmt.

Der Lebensstandard des Volkes wird herabgedrückt. Der Imperialismus errichtet seine Herrschaft des Raubes, der Ausbeutung und Plünderung. Die Banken und großen Unternehmen werden den Monopolherren, das Land den ehemaligen Ausbeutern der Bauern zurückgegeben.

Erpressung und Nötigung werden in großem Umfang betrieben, ungestraft wird geraubt und gemordet.

Die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und Menschenrechte wurden in Chile außer Kraft gesetzt, einschließlich des Rechtes auf Leben.

Alles, was das Volk sich unter der Regierung Allende eroberte, wurde ihm entrissen.

Der Faschismus wird von der überwältigenden Mehrheit unserer Landsleute abgelehnt und von der Weltöffentlichkeit verurteilt.

Sie fordert die Beendigung der Erschießungen, der Folterungen, die Auflösung aller Konzentrationslager. Sie fordert die Respektierung des menschlichen Lebens und die sofortige Freilassung aller Patrioten ebenso wie die Anerkennung der Unverletzbarkeit der Rechte ausländischer Staatsbürger. Darüber hinaus fordert sie die sofortige Erteilung von Ausreisegenehmigungen für alle Personen, die in den Botschaften Asyl gefunden haben. Weiterhin fordert sie die Beendigung der Massenentlassungen und die Wiedereinstellung aller derer, die von der Junta ihrer Arbeitsstelle und ihres unveräußerlichen Rechtes auf Arbeit beraubt wurden.

Chile kämpft und wird bis zur Wiedererlangung seiner verlorenen Freiheit kämpfen, die es durch den faschistischen Militärputsch, angezettelt in den Büros der CIA in Washington unter Mittäterschaft der inneren Reaktion, verloren hat.

Das chilenische Volk reorganisiert seine Reihen. Es gruppiert sich neu für den Kampf in der äußersten Illegalität. Es wird eine Bewegung der breitesten Einheit aufbauen, die die Aufgabe hat, die große Mehrheit unserer Landsleute zu mobilisieren.

Der antifaschistische Widerstand wird vom chilenischen Volk im Lande selbst bestimmt und geführt. Es ist seine Aufgabe, den Charakter, die Formen, den Bereich und die konstitutiven Elemente festzulegen.

Ohne Zweifel wird es den Kampf mit aller Kraft und dem entschlossenen Willen zu siegen vorantreiben und im Geist der Einheit den großen Strom der antifaschistischen Gefühle, der heute unsere ganze Nation durchzieht, zu verbreitern suchen.

Wir, die wir heute außerhalb des Landes sind, wenden all unsere Kraft zur Unterstützung des gemeinsamen Kampfes auf, der innerhalb des Landes von den verantwortlichen Organen geführt wird.

Bei der Aufgabe, sich zu befreien, steht Chile nicht allein. Alle Völker der Erde unterstützen es. Niemals gab es eine so breite, weltweite Solidaritätsbewegung wie die, die heute die Sache unseres Volkes unterstützt. Wir sind sehr bewegt von dieser so umfassenden und großzügigen Brüderlichkeit. Unser tiefempfundener Dank gilt allen Organisationen, Personen, Völkern und Regierungen, die uns in dieser dramatischsten Periode unserer Geschichte die Hand gereicht haben.

Wir appellieren an die nationalen und internationalen Organisationen, an alle Antifaschisten, an diesen Prinzipien festzuhalten.

Niemals wird das chilenische Volk diese großzügige Hilfe vergessen. Es weiß, daß sie täglich wachsen wird.

Unser Volk wird seinerseits in jeder Minute seinen schwierigen und heroischen Kampf fortführen, in der Gewißheit seiner gerechten Sache.

Chile wird wieder den Chilenen gehören. Das Vaterland wird dann frei und unabhängig sein, Herr seiner Freiheit und seiner Rechte. Für



Chile, für das Volk, für uns bleibt der unsterbliche Kampf von Salvador Allendes weiterhin gültig:

Venceremos - Wir werden siegen!

Wir bitten mit aller Dringlichkeit um erneute große Anstrengungen der Solidaritätsbewegung für die folgenden vier Punkte:

1. Schluß mit den Erschießungen und Folterungen der politischen Gefangenen.
2. Freiheit für Luis Corvalan, Clodomiro Almeyda, Anselmo Sule, Pedro Felipe Ramirez, Vicente Sotta und alle anderen politischen Gefangenen. Schließung aller Konzentrationslager.
3. Ausreisegenehmigung für alle in den Botschaften Asylierten.
4. Schluß mit den Massenentlassungen und Respektierung des Rechts auf Arbeit. Wiedereinstellung der Hunderttausende, die von der Junta entlassen wurden.

Sozialistische Partei Chiles  
Radikale Partei Chiles  
Kommunistische Partei Chiles  
Partei MAPU  
Christliche Linke  
Bewegung der Revolutionären Linken (MIR)  
Partei MAPU - Arbeiter und Bauern

Rom, 11. Dezember 1973

## Brasilien

### Bericht über das Brasilien-Kolloquium (Paris, 12./13.1.1974)

Am 12./13. Januar 1974, also nach der offenkundigen Intervention der brasilianischen Militärs in die Geschicke des chilenischen Volkes und noch vor der Pseudowahl des Generals a.D. sowie ehemaligen Präsidenten des Erdölkonzerns "Petroás", Ernesto Geisel, zum neuen Staatsoberhaupt, fand in Paris der erste antiimperialistische Kongreß zum Thema Brasilien statt.

Aufgrund dieser Tatsache und angesichts des breiten politischen Spektrums des Veranstalter- und Teilnehmerkreises sowie angesichts der wertvollen erarbeiteten Materialien wird dieser Kongreß auf lange Sicht die theoretische und praktische Seite der Solidaritätsbewegung mit dem brasilianischen Volk maßgeblich bestimmen. Diese Einschätzung wird nicht zuletzt durch den Tatbestand unterstrichen, daß

sich auf dem Pariser Treffen die mächtigsten und einflußreichsten Ströme der westeuropäischen Arbeiterbewegung zusammenfanden.

Die Initiative zu dem Kolloquium war ausgegangen von den französischen Linksparteien, Gewerkschafts- und Juristenverbänden, die dann auch den Kongreß durchführten und in kollektiver Vorarbeit die theoretische Grundlage schufen, nämlich drei umfangreiche und sehr detaillierte Berichte. Eingeladen waren die jeweiligen Bruder- und Schwesterorganisationen aus den kapitalistischen Ländern Europas.

#### Kongreß-Materialien

Der erste Bericht beschäftigte sich mit dem sogenannten brasilianischen "Wirtschaftswunder" und der wirklichen Situation der Arbeiter und des Volkes von Brasilien. Wachsender

Ausverkauf Brasiliens an ausländische, insbesondere multinationale Monopole, steigende Investitionstätigkeit ("Das Investitionsklima war noch nie so gut", Überseerundschau) auf der einen, Elend, Hunger, Absinken des Realeinkommens, Arbeitslosigkeit, immer größere Kindersterblichkeit auf der anderen Seite - diese Tatsachen und die Frage nach den Nutznießern und Opfern des sogenannten "Wunders" wurden materialreich herausgearbeitet. Erstellt hatten diesen Bericht die drei größten Gewerkschaften Frankreichs CGT, CFDT und FEN.

Der zweite Bericht, dessen Aktualität durch die chilenischen Ereignisse geprägt war, behandelte den ökonomischen und politischen Expansionismus Brasiliens. Ihn erarbeiteten die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei und die Bewegung der Radikalen Linken Frankreichs.

Die Menschen- und Bürgerrechte in Brasilien bzw. deren ständige und unerträgliche Verletzung waren Gegenstand des dritten Berichts. Ihn legten die drei großen Juristenorganisationen: die Vereinigung Demokratischer Juristen, die französische Liga für Menschenrechte und das Sekretariat der Katholischen Juristen vor. Dieser Bericht enthält völlig neues und authentisches Material über Folter- und Verhörmethoden sowie über die US-amerikanische Ausbildung der Folterknechte und deren Rolle in Chile.



Polizei-Einsatz in Rio

Die drei Berichte und die Diskussionsbeiträge werden in Frankreich als Buch erscheinen und in der BRD nachgedruckt.

#### Teilnehmerkreis

Die große Bedeutung des internationalen Treffens wurde u.a. von Carlos Prestes, dem legendären Führer des brasilianischen Freiheitskampfes und 1. Sekretär der Kommunistischen Partei seines Landes, in einem Grußtelegramm an den Kongreß hervorgehoben. Sie findet ihren Ausdruck ebenso in der Vielzahl und politischen Breite der vertretenen Organisationen:

- Sozialistische bzw. Sozialdemokratische Parteien Spaniens, Österreichs, Norwegens, Dänemarks, Schwedens, Belgiens und der Schweiz;
- Kommunistische Parteien Brasiliens, Spaniens, Portugals, Belgiens, Italiens und der BRD;
- Vertreter des Antidiktatorischen Komitees der Auslands Griechen, der spanischen Arbeiterkommissionen, der größten italienischen

Gewerkschaft CGIL und Repräsentanten nationaler Juristenorganisationen.

Welch hoher politischer Stellenwert diesem Pariser Kongreß in Frankreich zugemessen wurde, dokumentierte u.a. die Teilnahme von Mitgliedern des Politbüros der Französischen Kommunistischen Partei, des Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Mitterrand, sowie des Vorsitzenden der Radikalen Linken, Fabvre.

Als Teilnehmer aus der BRD sprach Herbert Lederer vom Parteivorstand der DKP über die Rolle der westdeutschen Monopole in Lateinamerika, speziell in Brasilien und über die Politik der BRD-Regierung. Als weiterer BRD-Vertreter nahm Peter Dietzel vom Sekretariat des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) an der Veranstaltung teil.

#### Schlußfolgerungen für die Solidarität mit dem brasilianischen Volk

Das Kolloquium schloß mit der einhelligen Aufforderung, auf nationaler Ebene in größtmöglicher antiimperialistischer Breite die Solidaritätsbewegung mit dem brasilianischen Volk und den anderen um ihre Befreiung kämpfenden lateinamerikanischen Völkern zu verstärken. Dabei fällt der antiimperialistischen Bewegung in der BRD angesichts der vehementen Kapitalexpansion westdeutscher Monopole gerade nach Brasilien sowie angesichts der verhängnisvollen Rolle einer Vielzahl deutschstämmiger Faschisten in Brasilien, Chile etc. eine nicht unbedeutende Rolle zu. Jedoch ist das nur die eine Seite - eine andere kommt in der Figur der Revolutionärin Olga Benario-Prestes<sup>1)</sup>, d.h. in traditionsreichen Verbindungen brasilianischer und deutscher Antifaschisten zum Ausdruck. Fraglich bleibt indessen die Haltung des DGB, der SPD-Führung wie der Jungsozialisten.

Obwohl an sie offizielle Einladungen ergangen waren, blieben sowohl die Jungsozialisten, die SPD als auch der DGB dem Kolloquium fern. Die Tatsache aber, daß eine ganze Reihe westeuropäischer sozialdemokratischer Organisationen in Paris ihre Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit in der Solidaritätsbewegung mit dem brasilianischen Volk bekundeten, zeigt, daß auch die Aufgabe der Einbeziehung der genannten westdeutschen Organisationen in diese Bewegung nicht unlösbar ist.

#### Anmerkung:

- 1) Die deutsche Kommunistin und Frau des brasilianischen KP-Führers Carlos Prestes wurde 1934 zusammen mit ihrem Mann als Teilnehmerin des brasilianischen Volksaufstandes verhaftet. 1936 wurde sie vom brasilianischen Regime an die deutschen Faschisten ausgeliefert, die sie zunächst im Zuchthaus Ravensbrück einkerkerten und 1942 in den Gaskammern des Konzentrationslagers Bernburg ermordeten.

# DOKUMENT Nr.3 des Brasilien-Kolloquiums

Das nachfolgende Dokument wurde am 12./13. Januar 1974 auf dem "Europäischen Kolloquium über Brasilien" als Bericht Nr. 3 vorgelegt. Diesen Bericht verfaßten drei französische Juristen-Organisationen gemeinsam: Die "Französische Vereinigung Demokratischer Juristen", die "Liga der Menschenrechte" und das "Sekretariat Katholischer Juristen".

Untersucht wird im ersten Teil des Berichts, das Verhältnis von Militärgewalt und Menschenrechten, d.h. die Behandlung politischer Gefangener und die historische Entwicklung des Systems der Folterungen. In unserer Wiedergabe wird dabei auf die erste zeitliche Etappe des Berichts (1964- Ende 1968) zugunsten der nur unwesentlich gekürzten zweiten Etappe (1968/...) verzichtet, da die Menschenrechtsverletzungen, Verhaftungen etc. des Zeitraums vor 1968 gemeinhin bekannt sind (vgl. AIB Nr. 4/1970).

Im zweiten Teil des Berichtes gilt das Hauptaugenmerk der Autoren den Gesetzeserlassen zur "Nationalen Sicherheit", den "Notverordnungen" oder "Geheimdekreten". Daran schließt sich eine detaillierte Darstellung der brasilianischen Gerichtsbarkeit an: Der Handhabung "politischer Prozesse", polizeilicher "Vernehmungen" und des Charakters der gerichtlichen Institutionen (Militärtribunale).

In den abschließenden "Schlußfolgerungen" werden die Ergebnisse der juristischen Betrachtungen den politischen und ökonomischen Machtverhältnissen Brasiliens zugeordnet, sowie mit der sozialen Lage der werktätigen Massen konfrontiert.

## Analyse französischer Juristen

# Menschen- und Bürgerrechte in Brasilien

### I. Die Militärgewalt und das Recht

#### Die zweite Etappe: 1968/... Die Zeit der Gewalt

"Es gibt keine politischen Gefangenen in Brasilien" versicherten damals die Botschaften Brasiliens in den westlichen Ländern. Die Behörden behaupteten, es gäbe nur "Kriegsgefangene". (...)

Von 1968 ab wurde die Folter zu einem Verhörsystem: 80% der Gefangenen wurden körperlich, alle wurden psychisch gefoltert.

#### Entwicklung des Foltersystems

Wie viele andere Einrichtungen wurde auch die Foltermaschinerie ständig weiterentwickelt. Zuerst gab es nur die körperliche Folter. Die Gefangenen wurden fast immer vor den Augen ihrer Mitgefangenen gefoltert. Oft folterte man Verwandte vor den Augen des Angeklagten, um so seinen Widerstand zu brechen. Die Peiniger arbeiteten ohne Maske.

Aber die Methode brachte Unannehmlichkeiten mit sich: Es gab Zeugen und die Toten konnten nicht als 'entflohen' registriert werden. Darüber hinaus kannte das Opfer seinen Henker.

In der zweiten Phase ab Ende 1970 wurden Kapuzen eingeführt (sowohl für den Verhörten, als auch für die, die das Verhör durchführten) und die Gefolterten waren mit ihren Peinigern allein. Jetzt konnte man leichter von 'Geflohenen' sprechen (das war zum Beispiel der Fall bei dem ehemaligen Abgeordneten Rubens Paiva, der im Januar 1971 getötet wurde und dessen Körper nicht aufgefunden werden konnte).

In der dritten Phase ab 1971 wurden technische Neuerungen eingeführt. Die üblichen Foltermethoden sind bereits wiederholt beschrieben worden.



Einer der vielen "auf der Flucht erschossenen" Gegner der Militärdiktatur. Unser Foto zeigt ein Opfer des Todesschwadrons ("Esquadron da Morte" - E. M.), einer der gefürchtetsten Organisationen des legalisierten Terrors. Die E. M. besteht zum Großteil aus Polizisten.

Die am häufigsten angewandten und zugleich 'ausgefeiltesten' Methoden sind:

- die 'Papageienschaukel'
- Elektroschocks (besonders an den Genitalien, im Mund, in den Ohren und an der Zunge)
- das Einführen von Gegenständen in die Genitalien und den After
- Ertränken
- die Injektion von 'Wahrheitsserum'
- nächtliche Scheinhinrichtungen in verlassener Gegend
- 'Telefon' (Schläge mit der hohlen Hand auf die Ohren)
- Schläge auf alle Körperteile.

In einigen Fällen wurden die Methoden der Folter noch perverser. Die Gefangenen berichteten, sie seien mit ausgehungerten Ratten zusammengesperrt worden. Andere wurden zu einem Alligator gesperrt. Eine der jüngsten Neuerungen ist die 'Christuskrone', ein Metallreif, der zusammengeschraubt wird und dadurch den Schädel zum Platzen bringt; Aurora Nascimento ist auf diese Weise 1972 in Rio de Janeiro gestorben.

### Kirchliche Proteste in Brasilien

Die Anklagen und die Proteste gegen das Regime der Folter werden in der ganzen Welt immer zahlreicher. In Brasilien selbst werden solche Proteste durch eine unerbittliche Zensur und durch die Angst vor Repressionen fast ganz verhindert. Dennoch haben sich einige Mitglieder der Katholischen Kirche seit 1967 gegen die Unterdrückung ausgesprochen. Ihre Zahl nahm ständig zu, und heute finden wir Veröffentlichungen von Dokumenten der C.N.B.B. (Nationale Brasilianische Bischofskonferenz), die sich nicht mehr damit begnügt, die individuellen Freiheiten zu verteidigen, sondern die die Politik der Regierung angreift und ihr vorwirft, das Volk unter einem "System der Unterdrückung, des Elends und der Ungerechtigkeit" zu halten.

Die Zensur verhindert die Veröffentlichung dieser als "subversiv" geltenden Dokumente der C.N.B.B. in der Presse. Aber diese Dokumente erreichen uns dank interner Veröffentlichungen der Kirche und werden oft von der internationalen Presse aufgegriffen. Die Zensur ist jedoch nicht immer allmächtig. Im Januar 1971 hat z.B. der Erzbischof von Sao Paulo, Monsignore Arns, in einem Hirtenbrief, der an alle Kirchen des Landes geschickt wurde, die Folterungen verurteilt, denen Pater Giulio Vicini und Frau Yara Spadoni ausgesetzt waren, und hat alle Priester gebeten, diesen Brief in ihren Kirchen auszuhängen!

## II. Die repressive brasilianische Gesetzgebung

Die Unterdrückung, die gegenwärtig in Brasilien herrscht, kann unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht werden. Aber man muß sich, um die Lage zu verstehen, auch ein

Bild von der rechtlichen Situation machen, d.h. von den Gesetzen, auf die sich die Regierung stützt, um vor den Augen der Weltöffentlichkeit den Anschein der Legalität zu wahren. Man muß sowohl die Gesetzestexte kennen, als auch die Prozeßordnung in Militärgerichtsfallen; diese Prozeßordnung wird nie eingehalten, denn es gibt tausende von politischen Gefangenen, die mehr als drei Jahre auf ihre Aburteilung warten.



Polizei-Terror in Sao Paulo

### Die Gesetze

#### Gesetze zur 'Nationalen Sicherheit'

Seit dem Staatsstreich vom 31. März 1964 folgten einander vier Gesetze zur 'Nationalen Sicherheit':

- das Gesetz 1820, das bereits 1964 in Kraft war,
- die Verordnung 314 von 1967,
- die Verordnung 510 vom März 1969,
- die Notverordnung 898 vom September 1969.

Eine kurze Betrachtung dieser vier Gesetze zeigt uns ihre zunehmende Verschärfung. Andererseits zeigt eine Untersuchung der Unterdrückung durch die Polizei das gleichzeitige Anwachsen beider Arten der Gewaltanwendung: der legalen und der Gewaltanwendung durch die Polizei.

Das Gesetz 1820 ist eine einfache Auflistung der Verbrechen gegen den Staat und der entsprechenden Strafen. (...)

In der Verordnung 314 findet sich erstmals

eine Definition dessen, was unter "nationaler Sicherheit" verstanden werden muß:

"Die Nationale Sicherheit garantiert die Durchsetzung der nationalen Belange gegen jede Art von Widerstand, gleich, ob von innen oder von außen."

Dieses Gesetz, das drei Jahre nach dem Staatsstreich in Kraft trat, zeigt klar, daß die Regierung ein legales Mittel zur Unterdrückung brauchte, das härter war, als das alte Gesetz, um ihre "Ziele", d.h. die verschiedenen Interessen, die zum Staatsstreich geführt hatten, zu schützen. Das Einsetzen dieser Verschärfung steht in Beziehung zu den ersten Demonstrationen von Studenten und zu den ersten gewerkschaftlichen Reorganisierungs- und Streikversuchen.

Auf diese Weise erweiterte sich das Spektrum der verbotenen Handlungen spürbar: So wurden Pressevergehen, die bisher unter die öffentliche Rechtsprechung fielen, zu politischen Verbrechen; gleichermaßen wurde der Streik, der im ganzen Land verboten ist, zu einem politischen Delikt.

Die schwerwiegendsten Aspekte dieses Gesetzes werden deutlich in den Artikeln 1 und 48.

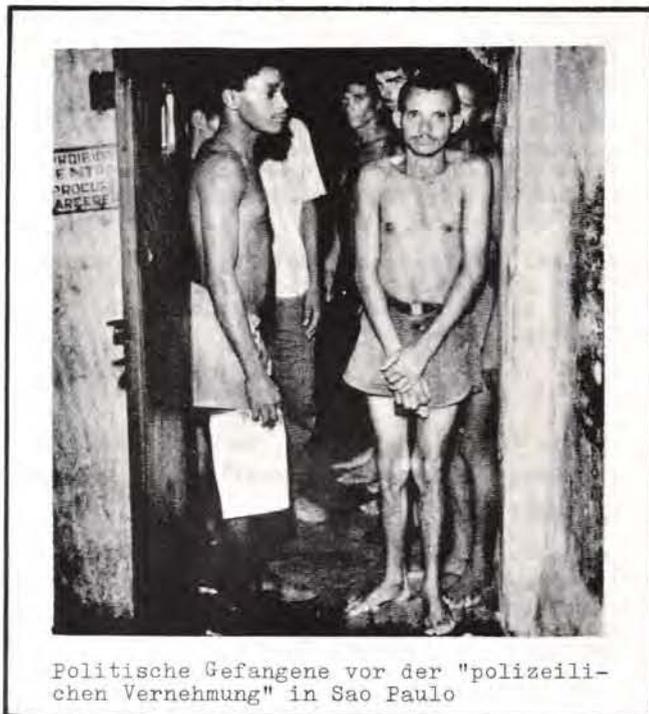
Artikel 1 erklärt, "jede wirkliche oder juristische Person ist verantwortlich für die 'Nationale Sicherheit'", und Artikel 48 sieht vor, "daß jede Person, gegen die ein politischer Prozeß geführt wird, ihrer Ämter und Funktionen (im öffentlichen und im privaten Dienst) bis zum Zeitpunkt eines etwaigen Freispruchs enthoben wird".

Hier wird bereits vor dem Urteilsspruch, wie auch immer er ausfallen mag, eine wirtschaftliche Strafe verhängt.

### „Spirale der Gewalt“

Das einige Monate später in Kraft tretende Dekret 314 macht noch mehr von den Möglichkeiten der Repression Gebrauch. So unterzeichnet am 13. Dezember 1968 der Präsident der Republik, Marschall Costa e Silva, die Institutionelle Erklärung Nr.5. Einige Monate später, im März 1969, wurde die Verordnung 314 ganz umgestaltet, und die Verordnung 510 trat in Kraft, worin die Strafen verschärft und neue Vergehen, die bisher dem Zivilrecht unterstanden, in die bereits bestehende Liste der politischen Straftaten aufgenommen wurden; selbst der bewaffnete Raubüberfall wurde darin zu einem politischen Vergehen.

Aber die Situation spitzt sich zu und innerhalb dieser "Spirale der Gewalt" (wie sie treffend von Monsignore Helder Camara definiert wurde) entstand im September des gleichen Jahres (1969) das vierte Gesetz zur Na-



Politische Gefangene vor der "polizeilichen Vernehmung" in Sao Paulo

tionalen Sicherheit: die Notverordnung 898, die noch heute in Kraft ist; diese Notverordnung verändert das Dekret 510 und führt in Brasilien für politische Vergehen (nicht für andere Straftaten) die Todesstrafe wieder ein, die im Jahre 1822 mit der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit abgeschafft worden war. (...)

Gleichzeitig mit den Gesetzen zur 'Nationalen Sicherheit' wurden noch andere Gesetze, Verordnungen und institutionelle Erklärungen verkündet. Sie sind zu zahlreich, als daß wir sie hier alle zitieren könnten. Eingehen müssen wir jedoch auf die Notverordnung 477 für die Universitäten vom Januar 1970. Durch diese Notverordnung werden den Direktoren der Fakultäten bedeutende polizeiliche Befugnisse übertragen, die damit einen Professor bzw. einen Studenten wegen "subversiver" Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Universität für 5 bzw. 3 Jahre von der Universität ausschließen können - und dies unabhängig von jeder polizeilichen Untersuchung oder richterlichen Maßnahme bzw. Verurteilung. Wir müssen auch die Institutionelle Erklärung Nr. 13 erwähnen, die die Verbannung einführt (welche durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verboten ist) und die Verordnung 69.534, die den Präsidenten zum Erlass von "Verordnungen" ermächtigt.

### Verbannung

Am 5. September 1969 wurde die Institutionelle Erklärung Nr. 13 unterzeichnet, die die Verbannung gestattet. Hier der Text:

"Artikel 1: Die Exekutive kann, auf Vorschlag der Staats- und Justizminister, der Marine, 17

der Armee und der Luftwaffe jeden Brasilianer, der sich als unerwünscht, störend oder gefährlich für die Nationale Sicherheit erweist, des Landes verweisen...

Artikel 2: Gegen alle Maßnahmen, die in Zusammenhang mit dieser Verfügung und allen diese ergänzenden Verfügungen stehen, wird kein Rechtsbeistand und keine Berufung gestattet.

Artikel 3: Diese institutionelle Erklärung tritt mit dem heutigen Datum in Kraft und erklärt alle gegenteiligen Bestimmungen für nichtig." (...)

### **Geheime Verordnungen**

Die Verordnung 69.534, am 2. November 1971 von Präsident Medici unterzeichnet, ist von höchster Bedeutung.

Diese Verordnung sieht vor, "daß der Präsident befugt ist, geheime oder nur teilweise veröffentlichte Erlasse zu verkünden, wenn sie in irgendeiner Beziehung zur Nationalen Sicherheit stehen."

Die Verordnung 69.534 hielt sich an keine Norm der Verfassung: Sie wurde weder dem Kongreß vorgelegt noch im Amtsblatt veröffentlicht, damit die Bevölkerung den Wortlaut zur Kenntnis nehmen kann. (...)

### **Prozeßordnung bei politischen Prozessen**

Was das Verfahren betrifft, können wir drei Phasen unterscheiden: die "polizeilichen Ermittlungen", die "polizeiliche Vernehmung" und das "Verfahren vor Gericht".

Diese drei Etappen sind aufgeführt im neuen Kodex zur 'Prozeßordnung vor dem Militärgericht', das seit 1. Januar 1970 in Kraft ist...

Hier (d.h. in der Einleitung zum 'Kodex der Militärgerichtsbarkeit') finden wir, vielleicht zum erstenmal in Brasilien, einen Kodex, in dessen Vorwort gesagt wird, dieser Kodex sei erstellt worden, um den "Anforderungen der politischen Ordnung" zu genügen.

#### **Die „polizeilichen Ermittlungen“**

Im neuen Kodex der Militärgerichtsbarkeit wird erstmals der Begriff "polizeiliche Ermittlungen" erwähnt. Während dieser Zeit bleibt der Verhaftete in Räumlichkeiten der Armee oder der Polizei, die für "Vernehmungen" reserviert sind. (...)

#### **Die polizeilichen Vernehmungen – die Untersuchungshaft**

(...) Die zweite Phase ist die Vernehmung durch die Polizei, die "I.P.M." (Inquerite Policial militar) – die erste offizielle Untersuchung des Falls.

Ist die Phase der "polizeilichen Untersuchung"

abgeschlossen, und hat der Gefangene "gestanden" oder die Taten, deren er angeschuldigt wurde, zugegeben, dann verläßt er dieses Vernehmungszentrum und kommt jetzt in das D.E.O.P.S. (Abteilung für politische und soziale Ordnung), d.h. in das "Sonderkommissariat" für politische Ermittlungsverfahren, das wie alle anderen Kommissariate dem Minister für Staatssicherheit des Landes unterstellt ist, in dem er sich befindet. (Wir haben also 22 D.E.O.P.S., die den 22 Staaten der Föderation entsprechen).

Angesichts der Tatsache, daß kein Verhör an die Öffentlichkeit kommt, welches die Angeklagten nicht unterschrieben haben, ist es schwierig für den Minister für Staatssicherheit zu leugnen, daß die Gefangenen, die sich weigerten, ihre Verhöre zu unterschreiben, wieder von neuem gefoltert werden. (...)

Wenn wir die in den Artikeln 18 (Dauer der "Vernehmungen" durch die Polizei) und 20 (Dauer der Ermittlungen) angegebene Zeit zusammenrechnen, dann bleibt der Gefangene mindestens 70 Tage in polizeilichem Gewahrsam, ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt. Wir müssen aber wiederholen, daß diese Zeiten nie eingehalten werden.

### **Gerichtsverfahren**

Damit ist das Verfahren vor dem Richter, oder besser, vor dem Militärtribunal gemeint. Das Land ist aufgeteilt in 11 Militärgerichtsbezirke, und in jedem Bezirk gibt es mindestens 2 'auditorias militares', Militärgerichte. In Rio de Janeiro gibt es 4 Militärgerichte der Armee: 2 der Luftwaffe und 2 der Marine. In Sao Paulo gibt es 2 Gerichte der Armee und 1 Gericht der Luftwaffe. Somit haben wir, über das ganze Land verteilt, mehr als 20 Gerichte, die sich die Arbeit teilen und vor denen, seit 1968, pro Jahr zwischen 70 und 100 politische Prozesse geführt werden. Prozesse mit nur einem Angeklagten sind ebenso selten wie Prozesse, die weniger als 2 Jahre dauern.

Das Militärtribunal setzt sich aus 5 Richtern zusammen: 4 Militärrichter (höhere Offiziere) und 1 ziviler Berufsrichter...

Das Appellationsgericht – das höchste Militärgericht – setzt sich zusammen aus fünf zivilen Justizbeamten und zehn Militärs mit dem Rang eines Generals, die die drei Waffengattungen vertreten. Alle dürfen den Titel 'Minister' führen...

Die Unregelmäßigkeiten bestehen nicht nur darin, daß die gesetzlich vorgeschriebene Dauer der Verfahren nicht eingehalten wird. In den meisten Fällen üben der zivile und

die militärischen Richter gewaltsam Druck auf die Belastungszeugen aus. Nicht selten sind die Belastungszeugen Polizeibeamte - oft die gleichen, die die Angeklagten gefoltert haben - die dann vor Gericht erklären, der Angeklagte habe freiwillig und ohne "Beeinflussung" sein Verhör unterschrieben...



Elendsquartiere am Rande Rio de Janeiro

### III. Schlußfolgerungen

Wir haben gesehen, daß die Intervention der Armee im politischen Leben Brasiliens seit dem 19. Jahrhundert nichts Unbekanntes ist. Mehrere Male haben die Militärs für oder gegen eine Regierung interveniert, aber 1964 haben sie sich erstmals an die Stelle von Parteien und Politikern gesetzt und beschlossen, selbst direkt die Macht auszuüben. Es gibt in Brasilien vielleicht keinen "Diktator", was die persönliche Macht, die dieser Begriff beinhaltet, angeht, aber es gibt eine "Diktatur" des Militärregimes, das dem Volk und der Nation seinen Willen aufzwingt.

Wir haben auch gesehen, daß dieses Regime mit Hilfe des Imperialismus die Macht ergreifen konnte, um so die Interessen der Großgrundbesitzer und der mit den ausländischen Monopolen verbundenen Bourgeoisie zu verteidigen. Nachdem die Regierung zuerst ihre Po-

litik mit den Geboten der "Nationalen Sicherheit" erklärte, versucht sie sich heute durch ein rapides Wirtschaftswachstum zu rechtfertigen, das sie selbst als "Wirtschaftswunder" bezeichnet.

Doch es hat sich erwiesen, daß dieses Wunder im wesentlichen niemandem Vorteile gebracht hat, außer dem Auslandskapital. Die Lebenslage des Volkes hat sich nicht verbessert, im Gegenteil. Das hochgelobte "Wachstum" wurde nicht von einer diesbezüglichen "Entwicklung" begleitet. Die Auslandsschulden des Landes belaufen sich auf fast 10 Mrd Dollar, von denen fast die Hälfte (43%) binnen kurzer Zeit zurückgezahlt werden muß, was Brasilien in eine wachsende Abhängigkeit bringt.

Die Zeitschrift 'Veja' (deren Erscheinen zugelassen ist) veröffentlichte in der Nr. 196 vom 7.6. 1972 die offiziellen Angaben über das Durchschnittseinkommen und die Verteilung des Nationaleinkommens:

- Die Löhne rangieren unter den niedrigsten der Welt: 10 Millionen Arbeiter von insgesamt 30 Millionen Werktätigen bekommen weniger als 10 cruzeiros den Monat (das entspricht ungefähr 75 Francs), und mehr als 8 Millionen Arbeiter bekommen zwischen 100 und 200 cruzeiros (Zahlen vom September 1970). Gleichzeitig beträgt der gesetzlich fixierte Mindestlohn mehr als 200 cruzeiros, d.h. mehr als die Hälfte der Löhne liegen unter dem gesetzlichen Mindestlohn.
- Die Kaufkraft der Arbeiter ist gesunken, obwohl die Frauen- und Kinderarbeit zugenommen hat. Vor 10 Jahren vereinigten noch 40% der Bevölkerung die Hälfte des Nationaleinkommens auf sich, heute sind es 10%.
- Das DIEESE (Institut für Statistik und sozioökonomische Studien) stellt fest, daß eine Arbeiterfamilie in Sao Paulo einen Minimallohn von etwa 760 cruzeiros benötigen würde (das sind 3 mal soviel wie der gegenwärtige gesetzliche Minimallohn).
- Die Reichen sind noch reicher geworden, die Armen wurden noch ärmer.
- Wenn die Menschenrechte verletzt werden, muß man untersuchen, wer an dem Verbrechen profitiert.

(Deutsche Übersetzung nach: Hektographiertes Material des "Europäischen Kolloquiums über Brasilien", Paris, 12./13.1.1974)



# Republik Südafrika

Am 23. Januar 1974 hatte das Antimperialistische Informationsbulletin eine Delegation der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) zu Gast: Dr. Youssuf Mohammed Dadoo, Vorsitzender der SACP, und Michael Harmel, Mitglied des Zentralkomitees, Mitbegründer und Redakteur des "African Communist" und Vertreter der SACP bei "Probleme des Friedens und des Sozialismus", dem internationalen Organ der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Dr. Dadoo wurde 1973 zum Nachfolger des verstorbenen J.B.Marks gewählt. In den langen Jahren seiner politischen Arbeit - er war u.a. Mitbegründer des Transvaal Indian Congress, 1948 Präsident des South African Indian Congress, Präsidiumsmitglied des Weltfriedensrats und ist seit langem Mitglied des ZK seiner Partei - erwarb er sich Achtung und Popularität bei den unterdrückten afrikanischen Massen, deren Freiheits- und Kampflieder oft seinen Namen nennen. Aber er zog sich damit auch den unversöhnlichen Haß des Apartheidregimes zu, das ihn verfolgte und mehrfach einkehrte.

Im folgenden geben wir den ersten Teil des Interviews wieder, das uns Genosse Dadoo gab. Er entlarvt hier insbesondere die in den imperialistischen Ländern sich verstärkende Propaganda einer "Liberalisierung Südafrikas durch Investitionen" als gezielte Lügen und Täuschungsmanöver. Er beschreibt dagegen die elende Lage der arbeitenden Massen, ihre Rechtlosigkeit aber auch ihren Kampfgeist.

Den zweiten Teil des Interviews veröffentlichen wir in Nr. 3/1974. In ihm beantwortet Genosse Dadoo Fragen zur Entwicklung der südafrikanischen Befreiungsbewegung seit den 60er Jahren, zur Rolle und Zielsetzung der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP), zur Marionettenverwaltung der sogenannten Bantustans und die Frage, welchen Beitrag die westdeutsche Solidaritätsbewegung zum Kampf des Volkes von Südafrika für Freiheit und Unabhängigkeit leisten kann.

## AIB-Interview mit Dr.Y.M. Dadoo, Vorsitzender der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (TEIL 1)

Frage: In den bürgerlichen Massenmedien der BRD wird die politische und gesellschaftliche Situation Ihres Landes im allgemeinen so dargestellt, als ob Rassismus und Unterdrückung in Südafrika zunehmend abgebaut würden. Hat sich an der völligen politischen Rechtlosigkeit und Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung und an ihrer extremen Ausbeutung etwas geändert?

Antwort: Zur Lage der schwarzen Bevölkerung in Südafrika ist zu sagen, daß es sich um die nackteste und brutalste Form von Rassenunterdrückung handelt, die heute in der Welt anzutreffen ist.

Aufgrund von Rassenzugehörigkeit und Hautfarbe werden der schwarzen Bevölkerung unseres Landes sämtliche politischen, ökonomischen und kulturellen Rechte vorenthalten. Diese Unterdrückung besteht nach wie vor, weil die schwarze Bevölkerung in ein Reservoir billiger Arbeitskräfte verwandelt wurde, das ganz nach Wunsch der weißen faschistischen Regierung im Interesse der Monopole und Kapitalisten unseres Landes eingesetzt werden kann. Was auch immer in den letzten paar Jahren geschehen ist - hieran hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, die Lage der schwarzen Bevölkerung ist schlechter denn je zuvor. Gerade infolge der Krise des Kapitalismus, aufgrund der Inflation usw. hat sich das reale Einkommen der Bevölkerung und besonders das der Schwarzen verringert. Und aufgrund der "cheap-labour-Politik", der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte also, hat sich die Lage nicht verbessert. Sie ist in Wahrheit schlechter geworden.

Frage: Innerhalb der herrschenden Klasse Südafrikas zeichnen sich offensichtlich Meinungsverschiedenheiten über den weiteren politischen Weg des Rassistenregimes ab. Welche



Die Delegation der SACP zu Gast beim AIB, v.l.n.r.: M. Harmel, Y.M. Dadoo und J. Goldberg, Referent beim Parteivorstand der DKP.

Folgen haben solche politisch-taktischen Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse für die südafrikanische Arbeiter- und Befreiungsbewegung?

Antwort: Zur Frage, ob es einen Gesinnungswandel in der weißen rassistischen Regierung gegeben hat: Natürlich sind Gegensätze aufgetreten, und diese kommen nun zum Vorschein. Und es sind etliche neue Überlegungen in der weißen rassistischen Regierung angestellt worden, desgleichen unter den Kapitalisten und in der weißen Bevölkerung insgesamt. Nur, es geht dabei nicht darum, ob der schwarzen Bevölkerung etwa irgendwelche politischen Rechte eingeräumt oder ihre Lage grundlegend verbessert werden soll. Die Frage ist die, auf welche Art und Weise die Vorrangstellung der Weißen, ihre Herrschaft über die schwarze Bevölkerung, am besten aufrechterhalten werden kann.

Die Politik der gegenwärtigen Regierung, der extremsten rassistischen und faschistischen Regierung unseres Landes, hat einen tiefen Groll hervorgebracht, und - trotz aller Unterdrückung des Volkes, trotz der Entfesselung von Terror und brutaler Gewalt gegen die Menschen - gibt es seit einiger Zeit, etwa seit einem Jahr, ein gewaltiges Anwachsen des Widerstandes und der Opposition in der schwarzen Bevölkerung. Sie wagt sich mutig hervor trotz der Konsequenzen, die jeder Widerstand gegen diese Politik hat. Und dies hat unter den Weißen Überlegungen darüber ausgelöst, wie sich dieser neue, revolutionäre Aufbruch in der schwarzen Bevölkerung am besten in Schach halten ließe, der womöglich eines Tages zum Sturz der weißen Vorherrschaft führen könnte. Und nur über dieser Frage hat es Differenzen gegeben. Nicht etwa darüber, ob den Schwarzen bessere Verhältnisse und ein besseres Leben zugestanden werden sollten, sondern allein darüber, wie man diese neue, revolutionäre Bewegung am besten in den Griff bekommen und die weiße Vorherrschaft über das Volk aufrechterhalten kann.

Frage: Nach den großen Streikbewegungen der schwarzen Arbeiterklasse zu Beginn des vorigen Jahres hat sich die politische Öffentlichkeit der BRD stärker - wenn auch nicht gründlich - mit der Lage der schwarzen Arbeiterklasse beschäftigt. Hat sich die ökonomische Lage der Arbeiter - wie in der bürgerlichen Presse im allgemeinen behauptet wird - verbessert? Können schwarze Arbeiter nach der Verabschiedung des neuen Bantu Labour (Settlement of Disputes) Amendment Act aus dem Jahre 1973 legal streiken und Gewerkschaften gründen?

Antwort: Die großen Massenstreiks der schwarzen Arbeiter in der jüngsten Zeit, durch die es in gewissem Umfang gelang, die Unternehmer und Bosse zu einer leichten Erhöhung der Löhne der schwarzen Arbeiter zu zwingen, bedeuten in keiner Weise, daß sich die ökonomische Lage der schwarzen Arbeiter verbessert hätte, wie allgemein in der bürgerlichen Presse unseres Landes, der kapitalistischen Länder, in der ganzen Welt behauptet wird.

Vielmehr hat diese geringe Lohnerhöhung keinerlei Verbesserungen der Lage der schwarzen Arbeiterklasse gebracht, da die hohen Inflationsraten und Preissteigerungen diese Lohnerhöhungen aufgehoben haben; insofern verbesserte sich ihre Lage keineswegs, gleichwelch noch so geringe Lohnsteigerungen sie erzielen konnten. Es herrscht immer noch Hunger, und die Hungersnot nimmt zu. Es gibt eine "poverty datum line"<sup>1)</sup>, wie es einige weiße Soziologen unseres Landes nannten, die die Lage der schwarzen Arbeiter untersucht haben; mit anderen Worten: Ein Mindesteinkommen, das den äußerst bescheidenen essentiellen Bedürf-



Hohe Kampfbereitschaft der südafrikanischen Arbeiter in den Streiks Anfang 1973.

nissen einer afrikanischen Arbeiterfamilie, bestehend aus dem Mann, der Frau und zwei oder drei Kindern, entsprechen würde; das heißt, genug, um sie mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen wie Lebensmittel, Fahrtkosten zur Arbeitsstelle, Miete. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, was für die Ausbildung der Kinder erforderlich ist, für irgendwelche kulturellen Ansprüche der Familie selbst. Die Wirklichkeit sieht nun so aus, daß auch mit diesen äußerst geringen Lohnsteigerungen, die die schwarzen Arbeiter durch ihre heldenhaften Massenstreiks in einigen Industriezweigen erzielen konnten, das Einkommen immer noch weit unter dem Erforderlichen, gemessen an der "poverty datum line", liegt. Anders ausgedrückt: Nach wie vor sind sie dem Verhungern nahe; das Einkommen reicht nicht aus für die nackten, lebensnotwendigen Bedürfnisse einer afrikanischen Familie. Das ist die gegenwärtige Situation.

Nun, haben die Arbeiter trotzdem etwas gewonnen?

Der Gewinn liegt darin, daß die schwarzen Arbeiter zum ersten Mal nach vielen langen Jahren durch ihr Zusammenhalten gelernt haben, daß sie eine Waffe in der Hand haben, die Waffe des Streiks, mit der sich etwas erreichen läßt, die eingesetzt werden kann, um ihre Lage zu verändern. Dies ist eine Erfahrung, die ihnen zustatten kommen wird, denn: Jedweder Streik für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, für höhere Löhne usw., der in Südafrika geführt wird, ist zugleich eine Konfrontation mit der weißen Minderheitsregierung, ist eine Konfrontation mit der weißen Macht im Lande. Die schwarzen Arbeiter haben Erfahrungen gesammelt und sie werden diese Erfahrungen in den kommenden Jahren

sehr nutzbringend, sinnvoll und zielbewußt anwenden, um die Befreiung der afrikanischen Bevölkerung zu erringen.

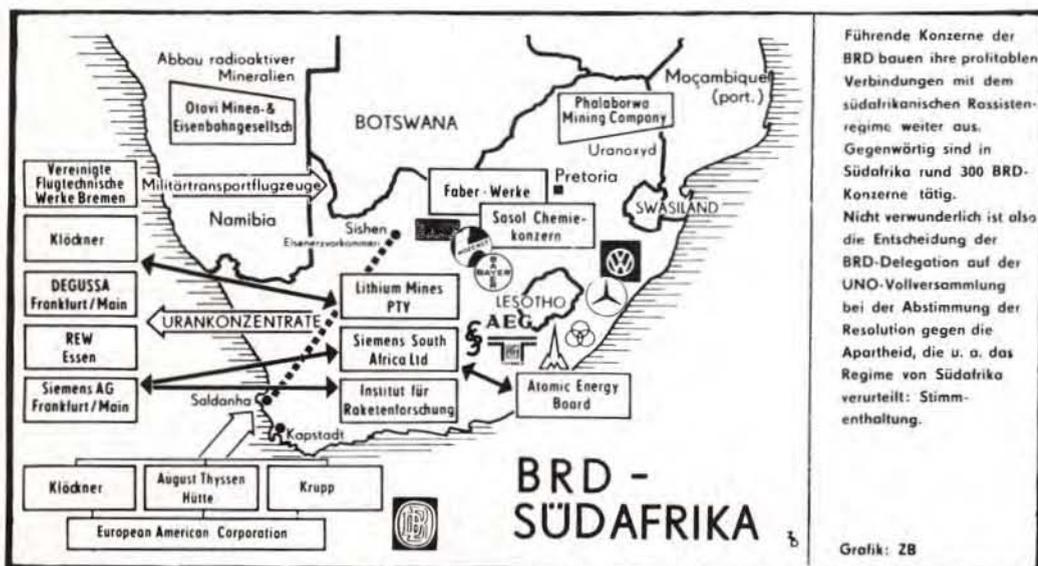
Was nun die Organisationen der schwarzen Arbeiter, die Gewerkschaften, betrifft: Die schwarzen Arbeiter dürfen Gewerkschaften bilden, jedoch sind diese nicht gesetzlich anerkannt. Sie können durch ihre Gewerkschaften nicht rechtmäßig mit den Unternehmern und Bossen über Lohnerhöhungen oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen verhandeln. Was also diese Gewerkschaften betrifft, so ist ihre Aufgabe zunächst einmal, die Einheit der schwarzen Arbeiter im Kampf um ihre Rechte herzustellen. Überdies, so wie die rechtliche Lage derzeit ist, sind alle Streiks, sind sämtliche Streiks afrikanischer Arbeiter illegal - absolut illegal, und jeder der streikt bzw. schwarze Arbeiter zum Streik "anstiftet", läuft Gefahr, verhaftet und nach dem Gesetz vor Gericht gestellt zu werden.

Um dieser neuen Aufwallung revolutionärer Bewegungen der schwarzen Arbeiter begegnen zu können, hat die weiße faschistische Regierung ein neues Gesetz im Parlament verabschiedet, die sogenannte "Bantu Labour Amendment Act"<sup>2)</sup> von 1973, und dieses Gesetz soll den afrikanischen Arbeitern das Streikrecht geben. Aber wenn man dieses Gesetz genauer untersucht, stellt man fest, daß - obwohl gesagt wird, die afrikanischen Arbeiter könnten künftig legal streiken - es den afrikanischen Arbeitern

ter aufgrund von Beschränkungen nur in sehr wenigen Ausnahmefällen möglich sein wird zu streiken. Mit anderen Worten: Dieses Gesetz ist ein Betrug, ist eine Illusion, um bei den afrikanischen Arbeitern den Eindruck zu erwecken, daß sie von jetzt an streiken und gewerkschaftliche Kommissionen oder Komitees in den Betrieben bilden dürfen. Aber jegliche Formierung solcher Arbeiterkomitees in den verschiedenen Industriezweigen oder Produktionsschwerpunkten bedeutet, daß diese Komitees unter der Kontrolle der Behörden oder der Unternehmer stehen; und sie werden nicht in der Lage sein, bessere Bedingungen auszuhandeln, denn wenn sie dazu übergehen, werden die Bosse, Unternehmer und Behörden bestimmen, wie weit diese Komitees gehen können. Diese Komitees, wie sie jetzt geplant sind, sind also nichts weiter als ein Anhängsel der südafrikanischen Arbeitsgesetze zur Durchführung der "cheap-labour-Politik" der Apartheid-Regierung.

**Frage:** Welche Rolle spielt die Politik der imperialistischen Staaten, unter ihnen die der BRD, bei der Aufrechterhaltung des Rassistenregimes?

**Antwort:** Die Rolle der imperialistischen Länder, einschließlich der BRD und auch Japans, bei der Unterstützung der rassistischen Regimes ist eindeutig. Diese Länder haben gewaltige Kapitalsummen in Südafrika investiert, aus denen sie außerordentlich hohe Profite ziehen - Profite zwischen 20 und 30 Prozent,



Profite, die sie nirgendwo anders erzielen können; Profite, die mit dem Schweiß und dem Blut der afrikanischen Arbeiter zustande gekommen sind, durch die "cheap-labour-Politik" in unserem Land. Und deshalb unterstützen sie natürlich das rassistische Regime.

Aber es geht um noch mehr: Südafrika ist heute das Bollwerk des Imperialismus auf dem afrikanischen Kontinent. Ein Bollwerk des Imperialismus, nicht nur für seine Profite, sondern auch um die weiße Herrschaft im südlichen Afrika aufrechtzuerhalten, die portugiesischen Kolonialisten und die illegale Regierung Ian Smith in Zimbabwe (Rhodesien) zu unterstützen. Zugleich ist Südafrika eine Bedrohung für das gesamte Afrika, für alle unabhängigen Staaten durch jene neuen Methoden des Neokolonialismus, mit deren Hilfe die imperialistischen Länder Höchstprofite aus den Bodenschätzen und den Arbeitskräften in den unabhängigen Staaten erzielen wollen. Der westdeutsche Imperialismus unterstützt dies in erster Linie durch seine ungeheuren Investitionen in Südafrika, die sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt haben.

Es gibt jetzt ca. 300 bedeutende Firmen und Monopolkonzerne Westdeutschlands, die Tochtergesellschaften in Südafrika haben. Zur Zeit steht Westdeutschland an dritter Stelle der Auslandsinvestitionen in Südafrika hinter England und den USA. Diese Investitionen belaufen sich derzeit auf 471 Mio. Rand.

Andere Arten der Unterstützung des Apartheid-Regimes durch die BRD sind die enge Kooperation mit den Waffenfabrikanten in Südafrika, so bei der Anreicherung von Uran oder der Entwicklung neuer Waffensysteme, schließlich die allgemeine Unterstützung Südafrikas in den Vereinten Nationen und anderswo; dies läßt sich z.B. an der Unterstützung des südafrikanischen Regimes durch "enge Freunde", durch Strauß, Müller und Schiller, bei der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen der BRD und Südafrika zeigen.

Was die Aktivitäten der BRD Monopole, die Unterstützung der südafrikanischen Regierung durch die BRD betrifft, so zeigt diese Unterstützung, daß die BRD zusammen mit England, den USA, Frankreich, Japan und anderen Staaten mit dazu beiträgt, die Entschließungen der Vereinten Nationen zum Boykott Südafrikas zu unterlaufen; daß die Aktivitäten der Monopole und der Regierung Westdeutschlands das Apartheid Regime direkt unterstützen; und zwar, um dessen Macht aufrechtzuerhalten, damit die südafrikanische Regierung mit der Unterdrückung der schwarzen arbeitenden Bevölkerung fortfahren kann, mit der Verweigerung

des Wahlrechts, der Leugnung der Menschenrechte, damit die faschistische Unterdrückung des schwarzen Volkes weiterhin gewährleistet ist.

Frage: Uns interessiert insbesondere Ihre Beurteilung der Rolle der Investitionstätigkeit der BRD-Monopole in der RSA. Diese zunehmenden Investitionen von westdeutschen Monopolen werden im allgemeinen selbst von liberalen und sozialdemokratischen Gegnern des Apartheidregimes damit gerechtfertigt, daß sie zur Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerung und indirekt zum Abbau von Rassismus und Unterdrückung beitragen. Können Auslandsinvestitionen tatsächlich eine solche Funktion haben?

Antwort: Zu dieser Frage ist mit aller Klarheit festzustellen, daß ausländische Investitionen in Südafrika in keiner Weise der schwarzen Bevölkerung unseres Landes helfen! Jeder Pfennig, der in Südafrika investiert wird, hilft, die weiße Minderheitsregierung zu stärken, trägt zur weiteren Unterdrückung der schwarzen Arbeiter in Südafrika bei, hilft, die enorme Ausbeutung der schwarzen Arbeiter fortzusetzen!

Trotz zahlreicher Behauptungen von Vertretern der ausländischen Investoren, trotz der Äußerungen einiger Häuptlinge der Bantustans - Häuptlinge, die durch die südafrikanische Regierung ernannt worden sind - trotz allem, was sie auch sagen mögen, wenn sie ins westliche Ausland reisen, um für Investitionen zu werben, sagen wir im Namen der schwarzen Bevölkerung, wie es auch schon durch die wirklichen Vertreter der schwarzen Bevölkerung, den African National Congress von Südafrika gesagt worden ist, daß jeder Pfennig, der von ausländischen Gesellschaften in Südafrika investiert wird, keinerlei Hilfe für die schwarze Bevölkerung darstellt. Das schreckliche Leiden der schwarzen Bevölkerung in den vergangenen hundert Jahren, die sklavischen Bedingungen, unter denen sie leben, sind das Ergebnis der Investitionen ausländischer Gesellschaften und multinationaler Konzerne in Südafrika, die dort in den letzten hundert Jahren Höchstprofite erzielten. Diese Auslandsinvestitionen haben der schwarzen Bevölkerung nicht geholfen; sie haben lediglich zur Ausbeutung, zur Aufrechterhaltung der sklavischen Lebensbedingungen des schwarzen Volkes beigetragen.

Frage: Die britische Zeitung "Guardian" hat im vorigen Jahr über die fürchterlichen Lebensbedingungen der schwarzen Arbeiter in britischen Niederlassungen in Südafrika berichtet. Wie sieht nach Ihren Informationen die ökonomische und soziale Lage schwarzer Arbeiter in südafrikanischen Niederlassungen von BRD-Konzernen aus?

Antwort: Was in letzter Zeit über die Arbeitsbedingungen der schwarzen Arbeiter in den britischen Niederlassungen aufgedeckt wurde, trifft auch auf die schwarzen Arbeiter zu, die in den südafrikanischen Tochtergesell-

schaften westdeutscher Firmen arbeiten. In keiner Weise haben die schwarzen Arbeiter irgendeinen Vorteil in diesen westdeutschen Firmen. Sie werden auf dieselbe übelste Weise wie durch die britischen, die japanischen Firmen etc. ausgebeutet.

Anmerkungen der Redaktion:

1) Die "poverty datum line" ist nach der südafrikanischen Sozialstatistik das absolute Existenzminimum, das zum Unterhalt einer afrikanischen Familie durchschnittlicher Größe - in der Regel eine Familie von fünf Personen - notwendig ist. In dieser statistischen Größe sind keinerlei Ausgaben für Medikamente, Erziehung, hygienische und kulturelle Bedürfnisse etc. enthalten.

2) Die "Bantu Labour Amendment Act" stellt eine Ergänzung zum "Bantu Labour Act" vom April 1973 dar, die versucht, die immer stärker werdenden Forderungen der schwarzen Arbeiterklasse nach legalen Interessenvertretungen, Gewerkschaften also, dadurch zu kanalisieren, daß sie auf Unternehmens- und Abteilungsebene sogenannte "works committees" vorsieht. Die Funktion solcher Betriebsausschüsse ist jedoch ausschließlich auf eine beratende Rolle bei der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten beschränkt. Die in der Gesetzesergänzung formal vorgesehene "Streikklausel" bietet jedoch schwarzen Arbeitern erst dann die Möglichkeit zu "streiken", wenn ein langer Instanzenweg der Beschwerdeführung ausgeschöpft ist. Dieser vorgeschriebene Instanzenweg hat daher die Funktion, sich abzeichnende Arbeitskämpfe durch bürokratische Gängelung zu ersticken.



# Black Consciousness

"SCHWARZES SELBSTBEWUSSTSEIN" - ( Quelle : Sechaba, Organ des ANC )

# Südliches Afrika

## Erklärung des ASK

# Verstärkt die Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrika!

Entgegen allen entsprechenden Beschlüssen der Vollversammlung der Vereinten Nationen verstärkt sich in wachsendem Maße die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker des südlichen Afrikas.

Die Sabotage aller UNO-, Antiapartheids- und Boykottbeschlüsse durch die Monopole der USA, der BRD, Großbritanniens und anderer Staaten, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und dem Rassisten-Regime Südafrikas, die fortwährende Unterstützung des Vorster-Regimes und der Kolonialmacht Portugal läßt Südafrika, Zimbabwe (Rhodesien) und Portugal zu einem Bollwerk des Imperialismus gegen die unabhängigen afrikanischen Staaten und die nationalen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika werden.

Dieser Block wird in seiner ökonomischen und militärischen Potenz durch die umfangreichen Investitionen westdeutscher Konzerne erheblich gestärkt. Auch die politischen und Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik mit diesen Staaten nehmen gerade in letzter Zeit ständig zu; begleitet wird diese Entwicklung durch eine zunehmend stärker werdende Apartheid-Propaganda in den Massenmedien der Bundesrepublik.

Zu Recht wird dies von den nationalen Befreiungsbewegungen als Unterstützung von Rassismus und Kolonialismus verurteilt.

+ + +

Gegen die Völker von ANGOLA, GUINEA-BISSAO und MOZAMBIQUE führt Portugal einen verbrecherischen Kolonialkrieg. Dieser wird von der Bundesregierung nicht nur im Rahmen der NATO, sondern auch durch direkte Waffenlieferungen militärisch unterstützt. Durch Kredite an die Regierung Portugals und Bürgschaften für westdeutsche Konzerne, die in den Kolonialgebieten investieren, stärkt sie Portugals ökonomisches Potential und verlängert damit den Kolonialkrieg. Die wiederholte Verurteilung des portugiesischen Kolonialkrieges durch die UNO wurde von der Bundesregierung vor und nach dem UNO-Beitritt der BRD ignoriert.

Als legitime Interessenvertreter der Völker von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique organisieren die Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC und FRELIMO den Kampf um die Befreiung von der portugiesischen Kolonialherrschaft, von Zwangsarbeit, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Rückständigkeit. Mit Hilfe von Waffen aus der Bundesrepublik, unter Anwendung von Napalm und chemischen Entlaubungsmitteln, mit Folter und Terror versucht die portugiesische Armee, den Kampf der Völker von Angola, Guinea-Bissao und Mozambique aufzuhalten.

Die Bundesregierung muß

- jegliche Unterstützung Portugals, die seinem Kolonialkrieg dienen kann, einstellen!
- Stützungskredite und Bürgschaften für BRD-Konzerne aufgeben und
- die Republik Guinea-Bissao als unabhängigen Staat anerkennen!

+ + +

In Zimbabwe (Rhodesien) hält die rassistische Smith-Regierung mit den Mitteln des Ter-



rors und den von Südafrika übernommenen Apartheid-Gesetzen sein weißes Minderheitsregime gegen die von der ZAPU organisierte Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe aufrecht.

Das illegale Smith-Regime betreibt, direkt unterstützt vor allem durch die Republik Südafrika und Portugal, eine gefährliche Aggressionspolitik gegen die dem Fortschritt und der nationalen Unabhängigkeit verpflichteten Nachbarländer (wie z.B. Sambia).

Als profitables Anlagefeld für internationale Konzerne, die die Naturreichtümer Zimbabwes skrupellos ausbeuten, unterhält auch die Bundesrepublik trotz des von der UNO beschlossenen Handelsboykotts intensive Wirtschaftsbeziehungen zum Smith-Regime.

Die Bundesregierung muß dafür Sorge tragen, daß der Handelsboykott gegen das weiße Minderheitsregime in Salisbury strikt eingehalten wird! Sie muß alle getarnten Transaktionen von Rüstungsgütern für die Smith-Regierung sofort einstellen!

+ + +

Trotz wiederholter Entschließungen des UNO-Sicherheitsrates, der UNO-Vollversammlung und des Internationalen Gerichtshofes mißachtet die südafrikanische Regierung bis heute das Recht NAMIBIAS auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.

Im Dezember 1973 forderte die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Republik Südafrika erneut auf, sich sofort aus Namibia zurückzuziehen; darüber hinaus beschloß sie mit großer Mehrheit, die südwestafrikanische Volksorganisation SWAPO als einzig rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia anzuerkennen.

Nach den Beschlüssen der UNO von 1966 schlossen die meisten Staaten ihre diplomatischen Vertretungen in Namibia; die Bundesrepublik jedoch ist als einziges Land neben Portugal nach wie vor durch ein offizielles Konsulat in Windhoek vertreten.

Weiterhin beteiligen sich westdeutsche Konzerne an der Ausbeutung der Naturreichtümer Namibias. Am Kunene-Staudamm Projekt - einem ähnlichen Vorhaben wie dem Cabora-Bassa-Staudamm - sind u.a. die Deutsche Bank, Krupp und die Dresdner Bank beteiligt.

Angesichts dieser Tatsachen ist es offensichtlich, daß die Bundesrepublik auf ökonomischer, politischer und diplomatischer Ebene die südafrikanische Herrschaft über Namibia festigt.

Daher lauten unsere Forderungen an die Bundesregierung:

- Sofortige Schließung des Konsulats in Windhoek!
- Anerkennung der SWAPO als einzig rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia!

+ + +

Die Regierung der REPUBLIK SÜDAFRIKA betreibt nach innen eine Politik der Apartheid, die durch diskriminierende Rassentrennung, extremste Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung und Unterbindung ihrer Entwicklungschancen in allen Bereichen gekennzeichnet ist.

Hauptstoßrichtung ihrer Außenpolitik in Afrika ist die ökonomische Unterwerfung schwach entwickelter Nachbarstaaten, die völkerrechtswidrige Okkupation Namibias und die enge wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit mit dem Smith-Regime und der portugiesischen Kolonialmacht. Ihre aggressive Politik gefährdet den Frieden und die Sicherheit nicht nur im Süden Afrikas; sie stellt eine Bedrohung für den ganzen Kontinent dar.

Als waffenstarrendes Bollwerk gegen die jungen Nationalstaaten und vor allem gegen die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika nimmt das Rassistenregime eine Schlüsselstellung in Afrika ein. Für die in dieser Region investierenden internationalen Konzerne und die imperialistischen Staaten ist es daher von strategischer Bedeutung. In gleicher Weise gilt ihr Interesse der Republik Südafrika als Investitionsland mit niedrigen Löhnen und günstigen Investitionsbedingungen.

Zahllose westdeutsche Konzerne ziehen aus der Apartheidpolitik riesige Profite. Ihre Kapitalflucht in Länder mit einem niedrigen Lohnniveau, wie Südafrika, gefährdet aber zugleich unmittelbar tausende von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik und richtet sich daher direkt gegen die Interessen der arbeitenden Menschen in unserem Land.

Die Bundesregierung unterhält engste wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Südafrika und ist somit mitverantwortlich für die brutale Unterdrückung der demokratischen Kräfte, die vor allem von dem in der Illegalität arbeitenden African National Congress (ANC) organisiert werden.

Als Mitglied der UNO ist die Bundesregierung verpflichtet, sich von ihrer bisherigen Politik zu lösen und sich für die Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Isolierung und für die Verurteilung des südafrikanischen Apartheid-Regimes einzusetzen. Stattdessen enthält sich die Bundesregierung bei wichtigen UN-Abstimmungen gegen das Regime der Stimme.

Die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker des südlichen Afrika durch die Bundesregierung und die westdeutschen Konzerne widerspricht den UNO-Prinzipien, den Völker- und Menschenrechten.

Die antiimperialistischen Kräfte in der

BRD müssen durch die Entfaltung einer breiten Solidaritätsbewegung die Bundesregierung zur Anerkennung und Durchführung der UNO-Beschlüsse zwingen.

Wir fordern von der Bundesregierung:

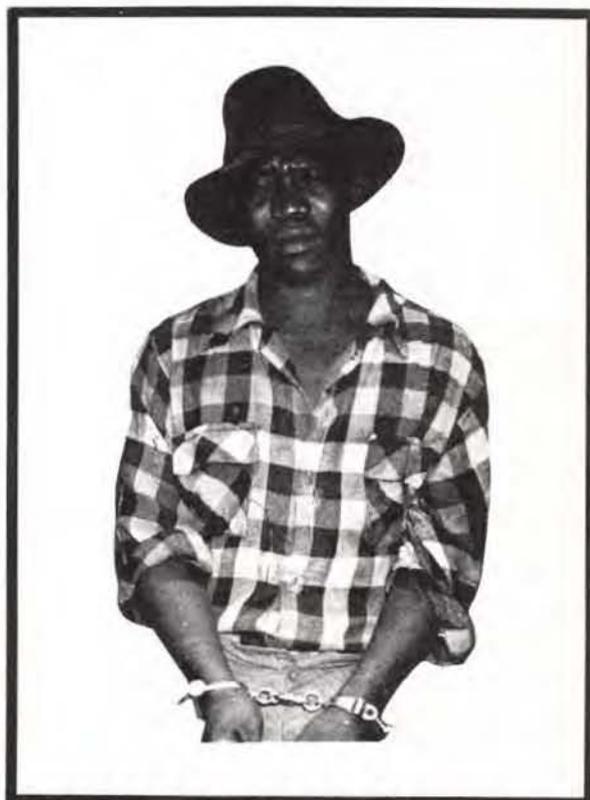
- Den Abbruch der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und diplomatischen Beziehungen zu dem Apartheid-Regime in Südafrika!
- Den Stop jeglicher Investitionstätigkeit bundesdeutscher Konzerne in Südafrika!

Das ASK wendet sich an alle antiimperialistischen Kräfte in der BRD mit der Aufforderung, diese Forderungen durch eine breite Bewegung zu unterstützen.

Das ASK wird in der nächsten Zeit folgende Aktivitäten entwickeln:

1. Alle antiimperialistischen Kräfte, Gruppen und Organisationen werden vom ASK angesprochen, um sie über die geplanten Aktionen zu informieren und ihnen eine Zusammenarbeit anzubieten.
2. Das ASK gibt Informationsmaterial heraus, in dem Dokumente der Befreiungsbewegungen und vor allem Fakten über die Politik von Bundesregierung und Konzernen im südlichen Afrika enthalten sind.
3. Agitationsmaterialien wie Plakate, Flugblätter etc. werden erstellt.
4. Das ASK stellt eine Liste von Referenten zusammen.
5. Das ASK lädt Vertreter der Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika in die BRD ein, die in Gesprächen und Informationsveranstaltungen über den antiimperialistischen Kampf ihrer Völker berichten sollen.

(Die Erklärung wurde auf der Vollversammlung des ASK am 21. Januar 1974 einstimmig angenommen)



**Here is a Worker in Chains  
IS THIS JUSTICE?**

# Naher Osten

Wolfram Brönner

## Ägyptisch-Israelisches Abkommen- Wegbereiter einer politischen Lösung in Nahost ?

### Inhalt und Stellenwert des Abkommens

Am 18. Januar 1974 ratifizierten die Staatsoberhäupter Ägyptens und Israels ein Abkommen über das "Auseinanderrücken" ihrer Truppen an der Suezfront. Programmgemäß begann am 25.1.1974 Israel mit dem Abzug seiner Truppen vom Westufer des Suezkanals. Israels Armee-Einheiten räumen ferner bis zum 5. März 1974 auch das Ostufer des Kanals, und zwar Gebiete mit einer Tiefe von 10 km im südlichen Abschnitt und bis zu 30 km im nördlichen (vgl. Karte). Eine 7.800 Mann umfassende UNO-Notstandstruppe besetzt die geräumten Gebiete vorübergehend, um sie schließlich an Ägypten zu übergeben. Des weiteren vermindern beide Seiten ihre Konzentration an Truppen und schweren Waffen an den neuen Frontabschnitten.

Diese Auflagen des Abkommens machen zunächst deutlich, daß es sich hier de facto nicht um ein "Auseinanderrücken" bzw. eine "Entflechtung" beider Seiten handelt, sondern um einen militärischen Rückzug Israels. Zum zweiten geht dieser israelische Rückzug weit über jene Positionen hinaus, die die Waffenstillstandsregelungen des UN-Sicherheitsrates vom 22., 23. und 25. Oktober 1973 festhielten. In diesen UN-Entscheidungen (Nr. 338, 339, 340) wurde die Rückkehr der Armeen auf die Positionen gefordert, "die sie am 22. Okt. 1973 um 17.30 (MEZ) einnahmen".<sup>1)</sup> Israel hatte diese Bestimmung damals jedoch dreist ignoriert und westlich des Suezkanals weiteres ägyptisches Territorium an sich gerissen.

Zum dritten hat diese Vereinbarung nichts zu tun mit einem angeblichen "verräterischen Separatfrieden" Ägyptens. Vielmehr beschränkt sie sich auf die Lösung militärischer (Vor-) Fragen, die der Festigung des Waffenstillstandes vom Oktober 1973 dienen. Zugleich nimmt das Abkommen Bezug auf die noch ausstehende politische Gesamtlösung des Nahostkonflikts auf der Grundlage der UNO-Entscheidungen. Der folgende letzte Punkt d) des Abkommens läßt daran keinen Zweifel:



- vertrag angesehen. Sie stellt einen ersten
- Schritt zu einem endgültigen, gerechten und
- dauerhaften Frieden entsprechend den Be-
- stimmungen der Resolution 338 des Sicher-
- heitsrates und innerhalb des Rahmens der
- Genfer Konferenz dar." 2)

### Genf und die Perspektive einer Gesamtlösung

Die Genfer Nahostkonferenz, die am 21.12. 1973 unter der Schirmherrschaft der UNO und in Anwesenheit der Außenminister der USA, Israels, Jordaniens, Ägyptens und der UdSSR begann, hatte zunächst eine militärische Arbeitsgruppe eingesetzt mit der vordringlichen Aufgabenstellung, das Auseinanderrücken der Streitkräfte einzuleiten. Insofern stellt das ägyptisch-israelische Abkommen ein erstes positives Produkt der Genfer Konferenz dar.

Der jahrelang erprobten Verschleppungstaktik Tel Avivs entsprach es, daß Israels Außenminister A.Eban sich an den Genfer Verhandlungstisch setzte, ohne ein klares Bekenntnis zur UNO-Resolution 242 von 1967 abzugeben und ohne daß von Israel die UN-Waffenstillstands-Resolutionen vom Oktober 1973 - trotz verbaler Zustimmung - verwirklicht worden wären.

• "d) Diese Vereinbarung wird von Ägypten und

• Israel nicht als abschließender Friedens-

# VEREINTE NATIONEN (UNO) :

## Wortlaut der Resolution

# 338

vom 22. Oktober  
1973:

Der Sicherheitsrat

1. fordert alle an den gegenwärtigen Kämpfen beteiligten Parteien auf, sofort, nicht später als zwölf Stunden nach Annahme dieses Beschlusses in den Positionen, die sie jetzt einnehmen, jedes Feuer einzustellen und alle militärischen Aktivitäten zu beenden;
2. fordert alle betreffenden Parteien auf, unmittelbar nach der Einstellung des Feuers mit der Verwirklichung der Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrates in allen ihren Teilen zu beginnen;
3. beschließt, daß sofort und gleichzeitig mit der Einstellung des Feuers die betreffenden Parteien Verhandlungen unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufnehmen, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen.

## Wortlaut der Resolution

# 339

vom 23. Oktober  
1973:

Der Sicherheitsrat

– unter Bezugnahme auf seine Resolution 338 vom 22. Oktober 1973,

1. bekräftigt seinen Beschluß über die sofortige Einstellung jeden Feuers und aller militärischen Aktionen und fordert, daß die Truppen auf die Positionen zurückkehren, die sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Feuereinstellung einnahmen;
2. fordert den Generalsekretär auf, Maßnahmen für die sofortige Entsendung von Beobachtern der Vereinten Nationen zu ergreifen, um die Einhaltung der Feuereinstellung zwischen den Streitkräften Israels und der Arabischen Republik Ägypten zu überwachen, wobei zu diesem Zweck das im Nahen Osten befindliche Personal der Vereinten Nationen, in erster Linie das Personal in Kairo, eingesetzt werden soll.

## Wortlaut der Resolution

# 340

vom 25. Oktober  
1973:

Der Sicherheitsrat,

– erinnernd an seine Resolution 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 und 339 (1973) vom 23. Oktober 1973,

– mit Bedauern die berichtete wiederholte Verletzung der Feuereinstellung unter Mißachtung der Resolutionen 338 (1973) und 339 (1973) zur Kenntnis nehmend,

– mit Besorgnis den Bericht des Generalsekretärs zur Kenntnis nehmend, daß die militärischen Beobachter der Vereinten Na-

tionen noch nicht in der Lage waren, ihre Positionen zu beiden Seiten der Feuereinstellungslinien einzunehmen,

1. fordert, daß die sofortige und völlige Feuereinstellung eingehalten wird und die Parteien auf die Positionen zurückkehren, die sie am 22. Oktober 1973 um 17.50 Uhr (MEZ) einnahmen;

2. ersucht den Generalsekretär, sofort die Zahl der militärischen Beobachter der Vereinten Nationen auf beiden Seiten zu erhöhen;

3. beschließt, sofort eine Notstandstruppe der Vereinten Nationen unter seiner Autorität aufzustellen, die sich aus Personal der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit Ausnahme der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zusammensetzt, und fordert den Generalsekretär auf, binnen 24 Stunden über die zu diesem Zweck unternommenen Schritte zu berichten;

4. ersucht den Generalsekretär, dringend und laufend dem Rat über den Stand der Verwirklichung dieser Resolution sowie der Resolutionen 338 (1973) und 339 (1973) zu berichten;

5. ersucht alle Mitgliedstaaten, mit den Vereinten Nationen bei der Verwirklichung dieser Resolution und der Resolutionen 338 (1973) und 339 (1973) voll zusammenzuarbeiten.

(Quelle: Horizont,  
Nr. 45/1973)

Umsomehr erbringt die erste vertraglich fixierte Verpflichtung Israels zum Rückzug den Beweis, daß auch die Aggressions- und Annexionsstrategen in Washington und Tel Aviv gezwungen werden können, den heutigen Realitäten eines weltweit und auch regional gewandelten Kräfteverhältnisses (vgl. AIB Nr. 1/1974, S.8-12) Rechnung zu tragen.

Freilich sind damit die Bestrebungen der zionistischen Großbourgeoisie und ihrer politischen Geschäftsträger, den Konflikt "einzufrieren" bzw. durch einseitige Zugeständnisse an Jordanien und Ägypten eine Gesamtlösung zu unterlaufen, keineswegs zu den Akten gelegt.

### Israels „politische Natur“

Die hektischen Bemühungen Kissingers, zumindest einen ersten demonstrativen Schritt zur Entschärfung der Situation im Nahen Osten unter Dach und Fach zu bringen, stehen wiederum in einem unaufschiebbaren Zusammenhang mit den Erfolgchancen der von Nixon für den 11.2.1974 angesetzten kapitalistischen Energiegipfelkonferenz. Auf dieses Motiv wies Außenminister Kissinger selbst nachdrücklich hin:

"Scheitert die Aufhebung des (arabischen Öl-) Boykotts zu vernünftiger Zeit, würden bezüglich der arabischen Staaten bei uns ernsthafte Vertrauensfragen entstehen. Wir haben jedoch allen Grund zu der Annahme, daß der Er-

folg der Waffenruhe-Verhandlungen ein großer Schritt zur Aufhebung des Erdölboykotts wäre."<sup>3)</sup>

Andererseits zeigten sich die arabischen Staaten keinesfalls bereit, ihre gegen die USA gerichteten erdölpolitischen Maßnahmen aufzuheben, solange Washington nicht Israel zur Räumung der besetzten Gebiete sowie zur Anerkennung der palästinensischen Rechte veranlaßt.

Israels herrschende Kreise – angewiesen auf die Fortsetzung der amerikanischen Unterstützung – müssen dieser, so die großbürgerliche FAZ, "bitteren Wahrheit"<sup>4)</sup> Tribut zollen, auch wenn es

"wider die von Erfahrung bestärkte politische Natur geht ... Bisher hatte Israel ausschließlich auf die eigene militärische Stärke und die Linien der eigenen Truppen vertraut... Jetzt gibt es strategische Positionen auf... Dies Abkommen markiert also eine Wende."<sup>5)</sup>

Im Falle der Realisierung des Abkommens an der Suezfront und des raschen Zustandekommens einer ebensolchen Regelung an der syrischen Golanfront würden Israels militärische Provokations- und Verzögerungsmöglichkeiten erheblich in die Schranken verwiesen. Zudem würde damit den nach wie vor aufrechterhaltenen Annexionsansprüchen und Expansionszielen der herrschenden Kreise Israels ein exemplarischer Schlag versetzt.

### Was ist mit Syrien?

Außerordentliche Bedeutung kommt gegenwärtig der Aufgabe zu, ein gemeinsames, eng koordiniertes Vorgehen zwischen Ägypten, Syrien und der PLO herzustellen, sowohl was die politischen Zielforderungen als auch was die nächsten Schritte auf der Genfer Konferenz angeht.

Bekanntlich nahm Syrien nicht an der ersten Phase der Konferenz teil. Einer der Gründe für diese zunächst ablehnende Haltung dürfte in dem ägyptischen Alleingang in der Frage des Gefangenenaustausches mit Israel liegen, ein anderer in Sadats Anbiederungsversuchen gegenüber den USA (Sadat Ende 1973: Kissinger sei der "große Bruder" Ägyptens).

Syrien fühlte sich zurecht brüskiert und übte heftige Kritik an Sadats unsolidarischer, opportunistischer Vorgehensweise.

Eine Reihe von Gesprächen zwischen Syrien, der UdSSR und Ägypten brachte inzwischen eine Bereinigung der offenen Mißklänge und Differenzen. So erklärte die syrische Regierung nun ihre prinzipielle Bereitschaft, ebenfalls mit Israel in Verhandlungen über ein Auseinanderrücken der Truppen an der Golan-Front zu treten sowie an der Nahostkonferenz in Genf teilzunehmen.

### Sowjetunion als einigende Kraft

In einem gemeinsamen Regierungs-Kommuniqué zwischen der Sowjetunion und Syrien vom 31.1. 1974 werden die gemeinsamen 2 Hauptforderungen für die Konferenz in Genf so formuliert:

"Ein gerechter Frieden in Nahost kann nur durch den vollständigen Rückzug Israels von allen im Jahre 1967 okkupierten arabischen Gebieten sowie durch die Gewährleistung der Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes verwirklicht werden." 6)

In welchem Verhältnis aber steht die Palästina-Frage zur UNO-Resolution 242 von 1967? L. Breshnew stellte auf dem Weltfriedenskongreß hierzu unmißverständlich klar, daß die vage Formulierung der UNO-Resolution 242 von der "Notwendigkeit, eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen", 7) nur heißen könne, die "legitimen Rechte des arabischen Volkes Palästinas zu gewährleisten!" 8)

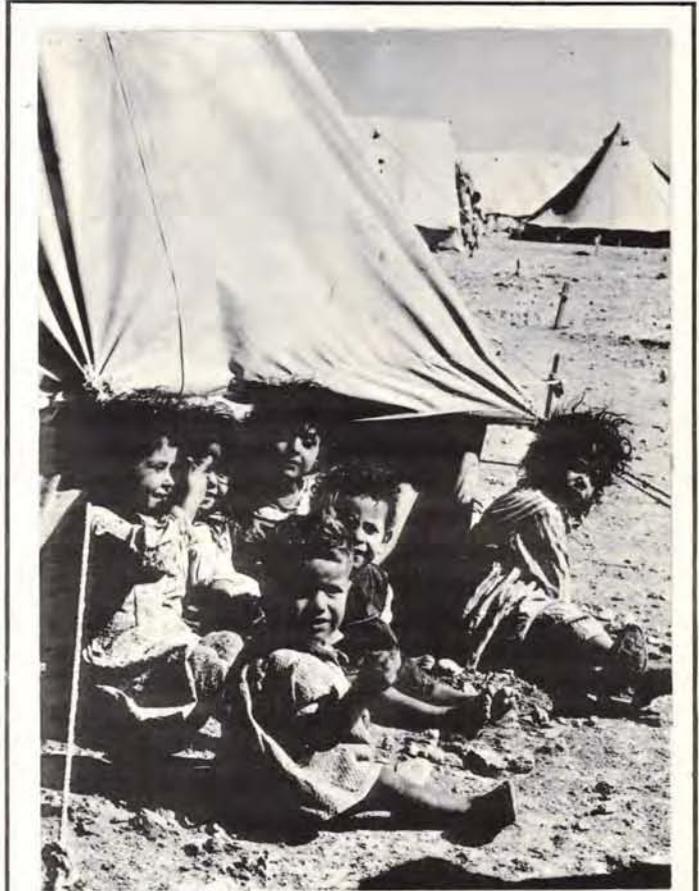
Daß der Abschluß des ägyptisch-israelischen Abkommens vom 18.1.1974 nichts daran geändert hat, unterstrich der sowjetische Außenminister Gromyko tags darauf mit der Aussage, die Realisierung einer akzeptablen Nahostregelung sei

"nur auf der Grundlage der völligen Befreiung aller besetzten arabischen Territorien und des lückenlosen Schutzes für die legitimen

Rechte des arabischen Volkes von Palästina möglich." 9)

Darüber hinaus wurde in einem gemeinsamen Kommuniqué der UdSSR und Ägyptens vom 25.1. 1974 festgehalten,

"daß das Palästina-Problem ohne Vertreter des arabischen Volkes von Palästina nicht erörtert und gelöst werden kann." 10)



Palästinensische Flüchtlingskinder in einem der vielen Elendslager östlich des Jordan.

### Haltung der PLO

Die Führung der PLO hat mehrheitlich die von palästinensischen Minderheitsgruppierungen gestarteten massiven Angriffe auf das ägyptisch-israelische Abkommen, es stelle eine Bedrohung der palästinensischen Sache dar, aufs schärfste zurückgewiesen. Der Vorsitzende der PLO, Jassir Arafat, und mit ihm die größte Widerstandsorganisation Al Fatah, beurteilten demgegenüber das Abkommen als positiven Schritt, aus dem sich reale Möglichkeiten für eine endgültige Friedensregelung ergeben könnten. Die Führung der PLO hat ihre Teilnahme an der Genfer Konferenz als wahrscheinlich offengehalten.

Zum alleinigen Vertretungsrecht der PLO in der Palästinafrage, zum Projekt eines palästinensischen (Teil-)Staates und zu dessen Verhältnis zum Fernziel des palästinensischen Widerstandes erklärte J.Arafat in einem



"Humanité"-Interview im Januar 1974:

"Die Anerkennung der PLO als der einzig repräsentativen Organisation der Palästinenser... wird unserem Kampf neue Impulse verleihen." Bezogen auf die Übernahme der von Israel zu räumenden besetzten Gebiete in Palästina führte Arafat weiter aus: "Diese Gebiete sind palästinensisch. Folglich hat unser Volk das Recht, ohne Einmischung von außen über ihr Schicksal zu entscheiden. Dies ist das erste Prinzip. Das zweite besteht darin, daß wir dagegen sind, daß Hussein wieder die Herrschaft über diese Gebiete übernimmt. Dieser Standpunkt wurde auf unseren Landeskongressen und Volksversammlungen festgelegt."<sup>11)</sup> Hieraus einen unüberbrückbaren Gegensatz zu den allgemeinen Kampfzielen der PLO zu konstruieren, wäre fehl am Platze. Denn - so Arafat - die "Schaffung eines demokratischen Staates, in dem alle jüdischen, mohammedanischen und christlichen Bewohner in Gleichheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zusammenleben",<sup>12)</sup> bliebe als zukünftiges, d.h. als Fernziel der PLO erhalten.

Die angestrebte palästinensisch-arabische Staatsgründung stößt naturgemäß auf den heftigsten Widerstand seitens der Herrschenden Israels und Jordaniens. Von daher ist die Mitte Januar vollzogene Konstituierung einer "Palästinensischen Nationalen Front" in den von Israel noch immer besetzten sowie von Hussein beanspruchten Gebieten Westjordanien und im Ghaza-Streifen von nicht geringer Bedeutung. Dieses lokale Bündnis erkennt ausdrücklich die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes an und stellt sich - wie die PLO - die Aufgabe, auf die Errichtung eines selbständigen arabisch-palästinensischen Staates hinzuarbeiten.<sup>13)</sup>

Ägyptens Präsident bekundete jüngst im Sinne dieses Anliegens der PLO seine Bereitschaft,

"die Haltung mit Jordanien zu koordinieren", unter der Bedingung, daß "die Jordanier öffentlich erklären, keinen Einwand gegen die Beteiligung der Palästinenser an der Genfer Gipfel-Konferenz vorzubringen."<sup>14)</sup>

Fazit: Die Weichen für einen erfolgreichen Kampf um einen gerechten, dauerhaften Frieden in Nahost sind augenblicklich günstiger denn je gestellt. Die antiimperialistischen Bündniskräfte treten wesentlich geschlossener und mit gemeinsamen politischen Zielvorstellungen in die zweite Etappe der Genfer Konferenz ein. Vor Illusionen muß dennoch gewarnt werden.

Anmerkungen:

- 1) UNO-Resolution Nr.340 vom 25.10.1973; zit. nach: Horizont, Nr.45/1973
- 2) zit. nach: Nachrichtenagentur AP, 18.1.1974
- 3) Kissinger am 22.1.1974; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.1.1974
- 4) FAZ, 19.1.1974
- 5) FAZ, 26.1.1974
- 6) zit. nach: Nachrichtenagentur ADN, 1.2.1974
- 7) AIB Nr.9/1972, S. 14
- 8) Breshnew-Rede vom Oktober 1973; in: Neue Zeit, Nr.44/1973, S. 7
- 9) Unsere Zeit (UZ), 21.1.1974
- 10) Neues Deutschland, 26.1.1974
- 11) Horizont, Nr.5/1974
- 12) ebenda
- 13) vgl. "Al Ahram", Kairo, 17.2.1974
- 14) FAZ, 26.1.1974



# Kurzinformation

## Frelimo: Keine Zusammenarbeit mit der SPD

Es entspricht unserer politischen Linie zu versuchen, alle Kräfte für uns zu gewinnen, die gegen den portugiesischen Kolonialismus sind, und eine Basis für die Zusammenarbeit mit ihnen zu finden.

Die FRELIMO-Delegation wurde vom Vizepräsidenten, Genossen Marcelino dos Santos, geleitet. An der Spitze der SPD-Delegation stand Hans-Jürgen Wischniewski, Vorsitzender der Kommission für internationale Beziehungen des SPD-Parteivorstandes.

Zu Beginn der Gespräche erläuterte die FRELIMO-Delegation die Hauptzielsetzungen, als sie der SPD-Einladung zugestimmt hatte:

– Beendigung der Waffenlieferungen an Portugal durch die NATO und durch andere Länder;

– Beendigung andersgearteter Unterstützung für den portugiesischen Kolonialismus, vor allem der Investitionen in den Kolonien.

In den Diskussionen forderte die FRELIMO die SPD ferner auf, entsprechend ihren erklärten Grundsätzen:

a) die westdeutsche Regierung zu zwingen, ihre Waffenlieferungen und andere Formen der militärischen Hilfe für das portugiesische Kolonialregime einzustellen;

b) alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die westdeutschen Konzerne, die Investitionen in den Kolonien – vor

allem in Cabora-Bassa – durchführen, zur Rückkehr zu zwingen;

c) die Unterstützung, zu welcher die SPD auch immer bereit sei, der FRELIMO auf politischer und nicht auf humanitärer Basis zu gewähren.

Wir erläuterten unsere Forderungen. Es gibt unwiderlegbare Beweise, daß die BRD-Regierung Portugal weiterhin militärisch unterstützt. Ein beträchtlicher Teil der finanziellen und technischen Beteiligung in Cabora-Bassa stammt aus der BRD. Wir setzten auseinander, daß Cabora-Bassa u. a. zum Ziel hat, in Mozambique Hunderttausende Weiße anzusiedeln, die als gegen den Befreiungskampf gerichtete Kraft wirken würden. Das Projekt Cabora-Bassa ist von der UNO, von der OAU (Organisation für afrikanische Einheit), vom Weltkirchenrat und faktisch von allen fortschrittlichen Kräften in der Welt verurteilt worden. Die Unterstützung für Cabora-Bassa ist deshalb ein feindseliger Akt gegen das Volk von Mozambique und schließt jedwede Möglichkeit zur Herstellung freundlicher Beziehungen mit uns aus.

Die Unterstützung für die FRELIMO sollte auf der Anerkennung seitens der SPD beruhen, daß die FRELIMO das Recht zum Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus hat, daß der Kolonialismus in Mozambique ausgelöscht werden muß und daß deshalb

diese Unterstützung nicht bedingt oder „humanitär“, sondern global, politisch sein muß.

Die SPD wies die Forderungen der FRELIMO zurück. Sie lehnte es ab, Schritte zum Stopp der militärischen Hilfe an Portugal zu unternehmen (es muß daran erinnert werden, daß die SPD in der BRD die Regierungspartei darstellt). Zur Cabora-Bassa-Frage stellte sie fest, daß dieses Projekt dem unabhängigen Mozambique nützlich sein würde und daß sie nichts unternehmen würde, um die westdeutschen Gesellschaften zum Rückzug zu zwingen. Sie bestand darauf, daß ihre Unterstützung für die FRELIMO auf „humanitäre Hilfe“ begrenzt sein sollte.

Die SPD-Position zu Cabora-Bassa stellt eine schwerwiegende Mißachtung unserer Würde und Souveränität dar. Die SPD will uns, das Volk von Mozambique, lehren, was für uns gut sei.

Die FRELIMO-Delegation kehrte mit der Erkenntnis zurück, daß es bei diesem Stand der Auffassungen keine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit der SPD gibt, da deren Haltung in Wirklichkeit nicht ihren anticolonialen Erklärungen entspricht. Die FRELIMO jedoch kann Verbindungen zu Organisationen nur auf einer korrekten politischen und moralischen Grundlage unterhalten.

(Quelle: Mozambique Revolution; gekürzte Übersetzung: Horizont, Nr. 4/1974)

## Bolivien

Das durch wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten schwer erschütterte reaktionäre Militärregime – 1971 durch einen Putsch gegen die linksreformerische Regierung Torres zur Macht gelangt – ging in den letzten Wochen mit brutaler Gewalt gegen heftige Protestaktionen der Werktätigen vor.

Die aufflammende Konfrontation entzündete sich an den Mitte Januar von Junta-Chef Banzer angeordneten gewaltigen Preissteigerungen für Nahrungsmittel und andere lebenswichtige Güter von bis zu 140%. Hinzu kam eine Inflationsrate des Jahres 1973 von über 100%. Die von den 3 größten Gewerkschaften vorgebrachten Lohnforderungen wurden indessen von der Regierung, dem marktbeherrschenden deutschen Inlandskapital, den US-amerikanischen und brasilianischen Monopolen ignoriert.

Etwa 50.000 Arbeiter und Angestellte traten daraufhin in der Hauptstadt La Paz in einen einwöchigen Streik und gingen auf die

Straße. Banzers Antwort: brutaler Polizeieinsatz. 10.000 z.T. bewaffnete Landarbeiter und Bauern blockierten tagelang alle Zugangsstraßen der Provinzhauptstadt Cochabamba. "Wir



ziehen den Tod durch Kugeln dem Hungertod vor", erklärte einer der Sprecher der Landarbeiter am 29. Januar d.J. Als schließlich die Landarbeiter eine wichtige Zugangsstraße vor Santa Cruz blockierten, setzte das Militärregime hier und in Cochabamba Flugzeuge und Panzer ein. Rund 100 Todesopfer gab es bei den blutigen Massakern zu beklagen.

Trotz des von der Junta verhängten Ausnahmezustandes und einer Nachrichtensperre kam es im ganzen Land zu Solidaritätsaktionen der werktätigen Massen; so beispielsweise zum Proteststreik von 5.000 Grubenarbeitern in den staatlichen Zinnbergwerken.

Die Junta entfesselte dagegen einen antikommunistischen Feldzug, dessen Zielscheibe insbesondere Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder der Kommunistischen Partei sind. Vor einer Bauern-Versammlung Anfang Februar erklärte Junta-Chef Banzer:

"Schlagt den ersten kommunistischen Agitator tot, der auf den Feldern erscheint. Ich werde Euch dafür belohnen."

Diesem Aufruf zum Meuchelmord ließ Banzer die Ankündigung folgen, mit "allen uns gesetzlich und notfalls auch außerhalb des Gesetzes zur Verfügung stehenden Mitteln" gegen die kämpfenden Arbeitermassen vorzugehen. Die Ursache für die aufflammenden Massenunruhen aber führte der Junta-Chef schlicht und einfach auf "eine internationale kommunistische Verschwörung" gegen sein Regime zurück.

Der massive Militäreinsatz und die neue antikommunistische Hetzjagd aber - dies zeigen die Solidaritätsaktionen der Arbeiter ebenso wie die wachsende Kritik an Banzer in Kreisen des Kleinbürgertums und selbst der nationalen Bourgeoisie - trugen nur dazu bei, die Instabilität der Diktatur zu vertiefen. (ND, 27., 28., 30.1. und 1.2.1974; UZ, 26.1. und 6.2.1974; FAZ, 2.2. und 5.2.1974)

## Chile

Wie in einem Brief der offiziellen Vertreter des chilenischen Widerstands im Ausland, "Chile Antifaschista" (Rom), mitgeteilt wird, verschärft die faschistische Militärjunta ihre blutige Unterdrückung. So lassen die Militärs in dem Konzentrationslager "Chacabuco" Krematoriumsöfen errichten - ein Akt der Grausamkeit und Menschenfeindlichkeit, der seine Parallele im Bau von Verbrennungsöfen und Gaskammern durch die deutschen Faschisten findet.

Zur Zeit existieren in Chile 9 Konzentrationslager, darunter das Lager auf der Dawson-Insel. Dort befinden sich etwa 270 Gefangene, von denen mehr als 40 Mitglieder der legitimen Regierung des ermordeten

Präsidenten Allende sind. Unter diesen Gesichtspunkten ist die ungeheure Provokation des CDU-Abgeordneten Wohlrabe zu sehen, der nach dem Besuch der berüchtigten KZ-Insel sagte, "in humanitärer Hinsicht hätten die Gefangenen keine Klagen gehabt".

Volodia Teitelboim, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der Kommunistischen Partei Chiles, betonte in einem Interview mit der Zeitung Unsere Zeit, außer den KZs gäbe es "viele Kriegsschiffe, die als schwimmende Gefängnisse benutzt werden. Die Gefängnisse sind voll, in den Kasernen der Luftwaffe wird gefoltert, und ebenso in denen der Polizei. Außerdem werden Provokationen und Überfälle inszeniert, um der Junta weitere Erschießungen zu ermöglichen". (UZ, 30.1.1974)

## VR China - Vietnam

Die Besetzung der Paracel-Inseln (Hsischa-Inseln) durch die VR China hat bei der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und bei der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam keineswegs eine begeisterte Zustimmung gefunden. Zwar wurde bisher auf eine offizielle Stellungnahme der beiden vietnamesischen Regierungen zu diesem Vorfall verzichtet - wie sollte man auch erwarten können, daß sich die DRV und die PRR aufgrund ihrer Lage in aller Öffentlichkeit gegen die VR China stellen - aber in einem Interview hat der Außenminister der DRV einige Grundfragen sehr prinzipiell angesprochen: Grenzstreitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Zugehörigkeit bestimmter Gebiete, die aus der historischen Entwicklung heraus, besonders durch die Mächenschaften der Kolonialisten und Imperialisten, gegenwärtig noch nicht geklärt seien, sollte man in Verhandlungen und nicht durch kriegerrische Mittel lösen.

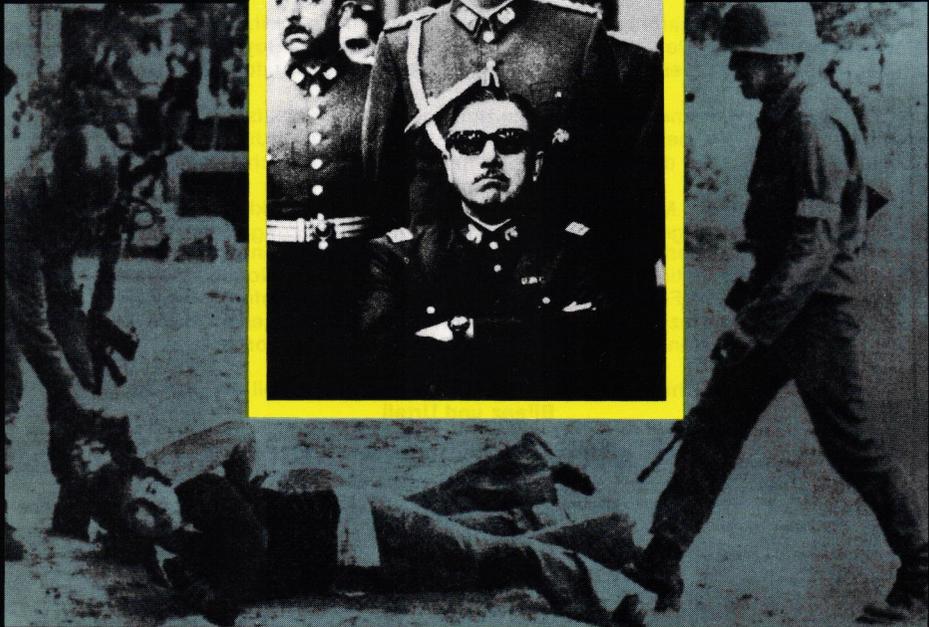
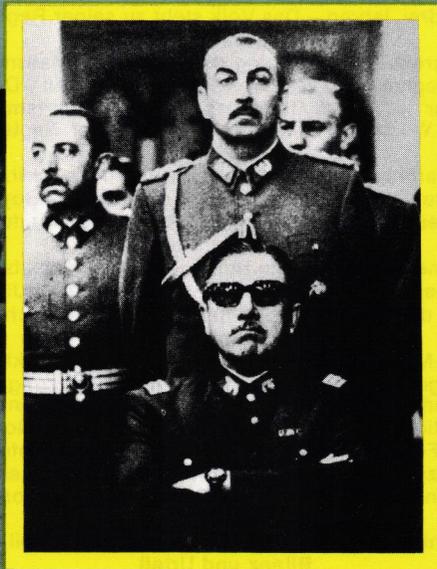
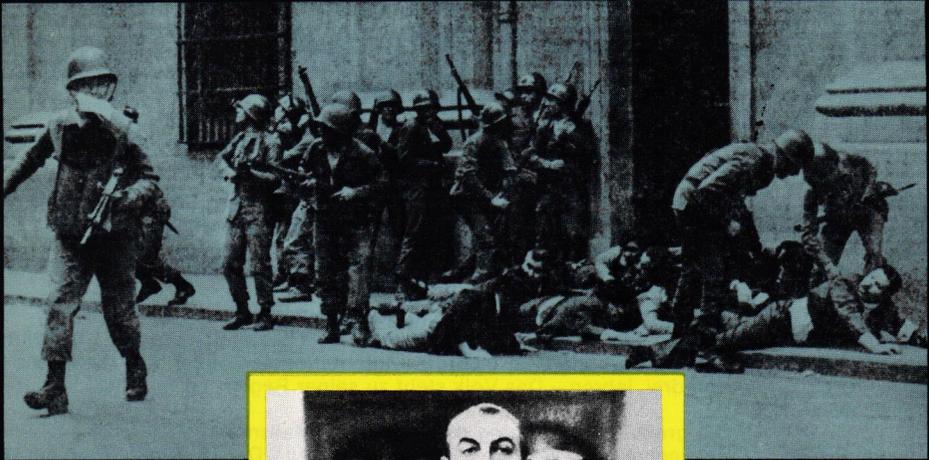
Die Tatsache, daß auch viele patriotische und fortschrittliche Südvietnamesen mit der Besetzung der Paracel-Inseln durch die VR China nicht einverstanden sind, hat die Botschaft der Saigoner Clique in Bonn z.B. gleich auszunutzen versucht. Um die gerade in den letzten Monaten gegen die Saigoner Willkür opponierenden, demokratisch gesinnten Studenten und deren Sympathisanten wieder an sich heranzuziehen, rief die Thieu-Botschaft zu einer Aktion "Rotes China raus aus Vietnam" auf.

---

**Adressenänderung  
rechtzeitig  
bekanntgeben**

---

# CHILE



**EIN SCHWARZBUCH**

*„Dieses Buch sagt die Wahrheit über Chile. Für mich ist es zugleich ein Zeichen großartiger solidarischer Sympathie in aller Welt mit dem chilenischen Volk.“*

Beatriz Allende

# **CHILE**

## **EIN SCHWARZBUCH**

Herausgegeben von Hans-Werner Bartsch, Martha Buschmann, Gerhard Stuby und Erich Wulff  
Großband, 228 Seiten mit 200 teilweise ganzseitigen Abbildungen, Ganzleinen,  
DM 12,80

Inhalt:

### **Wogegen putschte die Reaktion?**

Das Programm der Unidad Popular – Vom Volk gewählt - vom Volk bestätigt – Was die UP vorfand – Großangriff auf das Elend – Revolutionäre Fortschritte – Internationale Solidarität – Die Bilanz von knapp drei Jahren – Das Volk steht zu seiner Regierung

### **Wer verübte das Verbrechen?**

Die große Verschwörung des Dollar-Imperialismus:

Es ging um Profite und Privilegien – Der Würgegriff der Großbanken – Der 18-Punkte-Plan der ITT – Die CIA und ihr Plan „Centaur“ – Die Aktivitäten des US-State Departement – Wer kaufte und instruierte die Putsch-Generale? – Wo kamen die Mordwaffen her? – 11. September 1973: Kurs auf Chile – Nach berüchtigtem Muster

Oligarchen und Faschisten erwürgen die Freiheit:

Erzfeinde der Demokratie – Der Versuch, ein Chaos zu organisieren – Boykott des Transports bereitet Putsch vor – Mit Mord und Terror gegen die gewählte Regierung – Uniformierte Henker der Freiheit  
Wer hatte die Hände im Spiel?

Fünfte Kolonne am Werk – Die Rolle der braunen Deutsch-Chilenen

Wer bejubelt den Putsch? Wer unterstützt die Junta?

Entlarvender Beifall für die Junta – Kredite für die Mörder – Leichenfledderer unterwegs

### **Das Mittelalter im 20. Jahrhundert**

120 Tage Mord, Willkür, Barbarei – Augenzeugen klagen an:

Mit Bomben und Panzern gegen das Volk und seine gewählte Regierung – Bestialischer Mord am gewählten Präsidenten – Die Verbrechen im Nationalstadion – Der Mord an Victor Jara – Menschenjagd ohne Ende – Massendepotiation Unschuldiger – Tag und Nacht Exekutionen – Im Leichenschauhaus von Santiago – Barbarische Folterungen – Pablo Neruda unter den Opfern – Bücherverbrennungen wie bei den Nazis – Verfolgung von Priestern – Terror gegen Ausländer

Teilgeständnis der Junta – 120 Tage Abbau des Fortschritts

### **Ein Proteststurm geht um die Welt**

Stimme des kämpfenden Chile – Im Namen der Millionen – Das Urteil der internationalen Presse

**Bilanz und Urteil**

## **Das politische Buch des Jahres**

Erhältlich bei

# **PAHL-RUGENSTEIN**